

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis: 3.00 M. monatlich...

Vormärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgeleitete Kolonne...

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Wittwoch, den 29. Dezember 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Lebhafte Kampfestätigkeit an der besarabischen Front.

Noch einmal: Zur Judenfrage in Polen.

Zu unserem Artikel „Die Judenfrage in Polen“ (Vorm. Nr. 356) wird uns von einem russischen Genossen geschrieben: Der polnische Genosse, der das jüdische Problem in Polen im „Vormärts“ zu lösen sucht, stellt am Eingang seines Artikels den Satz auf:

„Die Erhaltung des Judentums, wie es heute nicht nur in Polen, sondern darüber hinaus im ganzen Osten Europas besteht, ist nur möglich, solange die Anechtung der jüdischen Orthodoxie über diese Massen besteht, und diese Herrschaft ist ein fürchterliches Unglück für das jüdische Proletariat.“

Am Schluß seines Artikels kommt der polnische Genosse zu folgendem Ergebnis:

„Die schwierige Frage, die zu lösen ist, lautet: wie befreit man die jüdischen Volksmassen von dieser Orthodoxie? In diese Frage gelöst, dann wird ein Zusammenleben von Juden und Polen als gleichberechtigte Bürger eines Landes sicher keine Schwierigkeiten bereiten.“

Diese Behandlung eines ungeheuer verwickelten Problems, in dem nationale, wirtschaftliche und soziale Gegensätze zusammenlaufen, erscheint in ihrer Einfachheit zwar recht einleuchtend, ist aber keineswegs geeignet, dem mit der Frage nicht vertrauten Leser zu einer objektiven Würdigung des Problems und der daran knüpfenden praktischen Forderungen zu verhelfen. Die Argumentation des „polnischen Genossen“ ist typisch für die sogen. polnischen Assimilatoren. Nach ihnen gibt es keine jüdische Nation, sondern lediglich eine „nationähnliche Gruppe“. Auch die jüdische Sprache ist keine Sprache, sondern ein „Jargon“.

Man könnte über diese oberflächliche Auffassung als über eine gelegentliche Entgleisung zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht die Gefahr bestände, daß ihre Propagierung im Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie sowohl von den polnischen wie von den jüdischen Nationalisten zur Verschärfung des Nationalitätenkampfes in Polen und zur Verdunkelung des Klassenbewußtseins der polnischen und der jüdischen Proletarier ausgeschlachtet werden könnte. Die nachstehend geübte Kritik dieser Auffassung ist deshalb kein Ausfluß theoretischer Rechthaberei oder Quarkpaterei. Sie ist vielmehr, bei der praktischen Bedeutung, die die Verhältnisse in Polen mehr und mehr für die deutsche Arbeiterklasse gewinnen, eine praktische Notwendigkeit.

Von diesem Gesichtspunkt aus gewinnt die Regierung der jüdischen Nation, Kultur und Sprache mehr als theoretische Bedeutung. Allen Forderungen nach Anerkennung der jüdischen Gleichberechtigung und nach Schutz der nationalen Minderheiten in Polen wird von der herrschenden polnischen Nation in der Regel die Behauptung entgegengestellt, die Juden bildeten überhaupt keine Nation. Dasselbe Argument wurde noch vor kurzem von der herrschenden polnischen Oberschicht in Galizien gegenüber den Ruthenen gebraucht und dient noch heute in Rußland als beliebtes Abwehrmittel der großrussischen Politiker gegen die politischen und kulturellen Forderungen der Ukrainer. Der Verfasser des „Vormärts“-Artikels steht natürlich nicht auf dem Boden der großpolnischen oder großrussischen Nationalisten. Er ist sicherlich überzeugt, daß die Assimilation der Juden der beste Weg zur Beseitigung des polnisch-jüdischen Konfliktes und zur Gleichberechtigung der Juden wäre. Aber ebensowenig wie die Proklamierung der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zur Zeit der großen französischen Revolution die Ungleichheit der sozialen Klassenstellung und die daraus resultierenden Klassenkämpfe aus der Welt schaffen konnte, kann heutzutage selbst die wohlmeinendste Propaganda der nationalen Assimilation für den Kampf der nationalen Minderheiten und der „geschichtslosen Nationen“ gegen die drückende Ungleichheit und Ungerechtigkeit irgend eine praktische Bedeutung haben. Diese Propaganda läuft vielmehr Gefahr, von den herrschenden nationalen Majoritäten als Skulisse für ihre eigennützige Politik mißbraucht zu werden.

Die oben erwähnte Analogie in der Argumentation der französischen Revolutionäre des XVIII. Jahrhunderts und der jetzigen sozialistischen „Assimilatoren“ Polens tritt auch in dem Artikel des „polnischen Genossen“ augenfällig zutage. In den westeuropäischen Ländern - schreibt er - unterscheiden sich die Juden in Sitte, Sprache, Brauch, Kultur in nichts von den Mitgliedern des Volkes, innerhalb dessen sie leben. Sie sind in Deutschland deutsche, in Frankreich

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 28. Dezember 1915. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Durch das Feuer eines feindlichen Monitors wurden in Westende-Bad drei Einwohner, darunter zwei Frauen, getötet.

An der Front entwickelten sich zeitweise lebhaftere Artillerie-, Handgranaten- und Minenkämpfe.

Am Hirzstein erfolgte heute früh ein französischer Vorstoß; nähere Meldungen liegen noch nicht vor.

Regler Zugverkehr auf dem Bahnhof Soissons wird von unserer Artillerie beschoffen. Die Franzosen haben seit kurzem das in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs liegende Hospital, anscheinend zum Schutze des Bahnhofs, mit Rotekreuz-Flaggen versehen. Zufallstreffer in das Hospital sind bei der Nähe desselben zum Bahnhof nicht ausgeschlossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

An der Beresina sowie nordwestlich von Czartorysk und bei Beresian wurden russische Erkundungsabteilungen abgewiesen.

Balkankriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 28. Dezember. (W. Z. B.) Amlich wird veröffentlicht: 28. Dezember

Russischer Kriegsschauplatz.

An der besarabischen Front und am Dnjestr nordöstlich von Zaleszejn wurden gestern wiederholte Angriffe starker russischer Kräfte blutig abgewiesen. Besondere Anstrengungen richtete der Feind gegen den Abschnitt zwischen Pruth und Waldzone nördlich Toporouy. Nach Artillerievorbereitung, die den ganzen Vormittag anhielt und sich stellenweise bis zum Trommelfeuer schwerer Kaliber steigerte, erfolgten in den ersten Nachmittagsstunden fünf Infanterieangriffe, die abgewiesen wurden. Ein anschließender Massenangriff, 15-16 dichte Reihen tief, brach im Artilleriefeuer unter schweren Verlusten zusammen. Das gleiche Schicksal hatten die feindlichen Angriffe nördlich des Dnjestr. Unsere Verluste sind gering. Nachts über herrschte Ruhe.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Tiroler Süd- und Südostfront dauern die Geschützkämpfe fort.

Montenegrinischer Kriegsschauplatz.

Von unseren Kräften verfolgt, zogen sich die Montenegriner von Gobjewo nach Bijoca zurück. Nächst Kowren wurden drei montenegrinische Geschütze modernster Konstruktion von unseren Truppen ausgegraben.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Goefer, Feldmarschalleutnant.

französische, in Italien italienische Patrioten, einfach weil sie unter dem Einfluß deutscher, französischer, italienischer Kultur stehen.“ Das ist richtig. Aber der ungeheure Unterschied zwischen der Judenemanzipation in den west- und ost-europäischen Staaten besteht eben darin, daß es sich im Westen um verschwindend kleine Minoritäten handelte, die relativ schnell in der kapitalistischen Bourgeoisie aufgingen, während es sich in Polen und Rußland um starke, als kompakte Massen auftretende Bevölkerungsschichten handelte, die zum größten Teil proletarisiert sind. (In Polen bildet die zwei Millionen starke jüdische Bevölkerung 14 Proz. der Gesamtbevölkerung, in den Städten oft 50 bis 70 Proz. In Litauen und Südwestrußland ist das Verhältnis ein ähnliches.) Recht zeitgemäß erinnert Genosse Felix Kon, der Veteran der polnischen sozialistischen Bewegung, in seinem sehr lehrreichen Artikel über die Juden in Polen in der „Neuen Zeit“ (Nr. 6 vom 5. November) an die Sitzung der französischen Nationalversammlung vom 21. Dezember 1789, in der der Verteidiger des Gesehwurfs über die Gleichberechtigung der Berufe und Konfessionen, Clermont Tonner, ausrief: „Den Juden als Nation müßte man alles verweigern, den Juden als Menschen aber - alles gewähren.“ Die jüdische Bourgeoisie in Frankreich, die eine kleine Schicht bildete, sagte sich, von ihren Klasseninteressen ausgehend, vom Judentum als einer Nation los. Damit war die jüdische Frage in Frankreich gelöst. Ähnlich vollzog sich dieser Prozeß in Deutschland und Italien. Auch in Polen und Rußland sind es die Schichten der Großbourgeoisie und

der bürgerlichen „Intelligenz“, die sich, um leichter vorwärts zu kommen, den Herrennationen assimilierten. Aber die über-große Masse der jüdischen Bevölkerung (von der in Polen 35 Proz. in Industrie und Handwerk, 3,5 Proz. im Transport-gewerbe, 2,5 Proz. in der Landwirtschaft, 8,5 Proz. als Tagelöhner und Diensthöten und von den übrigen ein sehr beträchtlicher Teil im Handelsgewerbe beschäftigt ist) lebt zum größten Teil ihr eigenes, in sich abgeschlossenes Leben, das sich weniger in-solge inneren Widerstrebens als des Druckes der äußeren Verhältnisse, vor allem der besonderen Funktion der Juden im polnischen Wirtschaftskörper und der politischen und so-zialen Ungleichheit im Staatsleben, im Laufe der Jahr-hunderte herausgebildet hat. Freilich wirkte auch die religiöse Orthodoxie, die über die Aufrechterhaltung des jüdischen Ritus wachte, in derselben Richtung hin. Aber für die letzten Jahr-zehnte der Entwicklung der polnischen (und russischen) Juden ist nicht die Erstarrung der Orthodoxie kennzeichnend, sondern im Gegenteil, die schnelle und starke Entfaltung aller gegen die Orthodoxie gerichteten poli-tischen und geistigen Strömungen des Juden-tums. Während eine kleine Oberschicht im Interesse ihrer Karriere sich von der Nation löst und sich der Herr-nation assimilierte (vereinzelte „Intellektuelle“, die das aus anderen Gründen taten, kommen hier nicht in Betracht), trat die breite Masse der jüdischen Bevölkerung in die Periode ihrer eigentlichen Volkswerdung ein - ähnlich den anderen „geschichtslosen“ Nationen des Ostens, die unter den Keulenschlägen der kapitalistischen Ent-wicklung sich aus der Starrheit der vorhergehenden Periode emporheben und in den jeweilig gegebenen Formen und mit den vorhandenen Mitteln Anschluss suchen an den großen geistigen und wirtschaftlichen Emanzipationskampf der Welt. Mit Recht sagt deshalb Felix Kon von diesem Zeitpunkt in der neuesten Geschichte der polnischen Juden:

„Eben hier wurde es allen klar, daß die polnische Assimilation bloß für die oberen Schichten der jüdischen Bevölkerung - für die Bourgeoisie - in Betracht kam, daß aber die Masse ihrer Rationalität nach jüdisch geblieben war; und daß man, um diese Masse an der allgemeinen menschlichen Kultur teilnehmen lassen zu können, zu ihr in der Sprache sprechen muß, die sie versteht, das heißt jüdisch. Es wurde klar, daß auf dem Territorium Polens nicht ein Volk, sondern zwei Völker hausten.“

Verucht man die heftigen inneren Kämpfe in Polen unter diesem Gesichtswinkel zu verstehen, so sieht man, wie unfruchtbar es ist, diese Kämpfe mit dem Valsam der Assimilation beschwichtigen zu wollen. Möglich, daß in Jahrzehnten eine Polonisierung der Juden in Polen eintritt. Aber wenn man die Assimilierung als notwendige Vorbedin-gung der Gleichberechtigung der Juden hinstellt, fördert man, ohne es zu wollen, die reaktionäre Arbeit der polnischen Oberschichten. Denn darüber muß man sich im klaren sein, daß es sich bei dem heftigen Kampf der polnischen bürger-lichen Parteien gegen die jüdische Gleichberechtigung nicht darum handelt, die Einheit und Unantastbarkeit der polni-schen Kultur zu bewahren und russifizierende oder germanisierende Einflüsse abzuwehren; es handelt sich viel-mehr um den Konkurrenzkampf der polnischen Bourgeoisie gegen die jüdische, der kompliziert wird durch das Bestreben der herrschenden polnischen Parteien, die jüdische Bevölkerung im Zustande minderen Rechts zu er-halten und die Verwaltung des Landes - unter völliger Ausschaltung und Mißachtung der nationalen Minoritäten - an sich zu reißen.

Daß unter diesen Verhältnissen vor allem die große Masse der jüdischen Bevölkerung, die wie wir sahen überwiegend aus proletarischen und halbproletarischen Elementen besteht, zu leiden hat, ist ohne weiteres klar. Zu dem wirtschaftlichen Druck und der künstlich aufrecht erhaltenen Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung kommt der Druck der nationalen Rechtslosigkeit hinzu. Die Folgen müssen sich auch in der Ar-beiterbewegung in der schlimmsten Weise bemerkbar machen. Die gemeinsame Phalanx der polnischen und jüdischen Klassengenossen wird geprenzt und ihr Bewußtsein durch nationa-listische Elemente getrübt, die auf beiden Seiten in verschiedener Form in die Erscheinung treten. Es klingt vielleicht paradox, es entspricht aber den polnischen Verhältnissen, daß den pol-nischen wie den jüdischen Nationalisten nichts erwünschter sein würde als die Propaganda der jüdischen Assimilation von polnisch-sozialistischer Seite. Denn während die polnischen Nationalisten diese Propaganda und die daraus sich ergebende Gleichgültigkeit der polnischen Arbeiter gegen die Anforderungen ihrer jüdischen Klassengenossen für ihre Zwecke ausnützten, gewannen die jüdischen Nationalisten und Orthodoxen unter Berufung auf sie die Möglichkeit, ihren Einfluß auf die Massen nur mehr zu verstärken und in die jüdische Arbeiter-bewegung separatistische und nationalistische Elemente hinein-zutragen.

Das Problem liegt also keineswegs dort, wo der „politische Genosse“ es sieht: in der Befreiung der jüdischen Volksmassen von der Orthodoxie. Es liegt vielmehr in der Befreiung aller politischen und bürgerlichen Ungleichheit, in der Sicherung der Rechte auch der nationalen Minoritäten. Gewinnen die polnisch-jüdischen Proletariatsmassen die Möglichkeit, unbehindert durch nationale Fesseln, ihre Staatsbürgerrechte auszuüben und der allgemeinen Kultur teilhaftig zu werden, ohne den — für die meisten unzugänglichen — Umweg über die Assimilation machen zu müssen, so werden sie mit ihrer „Orthodoxie“ schon selber fertig werden.

Die bulgarische Thronrede.

Sofia, 28. Dezember (W. L. B.) Die Thronrede des Kaisers Ferdinand bei der Eröffnung der Söbranje hat den folgenden Wortlaut:

Meine Herren!

Ich und meine Regierung haben nach dem Ausbruch des europäischen Krieges länger als ein Jahr unermüdet Anstrengungen gemacht, um eine Einigung mit unserem serbischen Nachbar zu erzielen, damit er uns auf friedlichem Wege die Gebiete, die er uns heimlich genommen hatte, zurückgäbe. Diese Bemühungen scheiterten an der unerklärlichen Hartnäckigkeit Serbiens, das sich weigerte, uns Mazedonien zurückzugeben. Nachdem wir alle friedlichen Mittel zur Erreichung dieses Zieles erschöpft hatten, war ich, um den Leiden unserer geliebten Brüder ein Ende zu bereiten, gezwungen, unserer Armee den Befehl zu erteilen, in Serbien einzudringen, um unsere Brüder zu befreien und die Einheit unserer Nation herzustellen. Ich stelle mit Stolz fest, daß unsere Truppen sich mit unvergleichlichem Schwung und außerordentlicher Tapferkeit auf den Feind geworfen haben. Schulter an Schulter mit den braven ruhmgelohnten Truppen unserer Verbündeten, Deutschland und Oesterreich-Ungarn kämpfend, haben sie in weniger als zwei Monaten einen hinterlistigen Feind vollständig geschlagen und ihn aus seinen Gebieten hinausgeworfen. Sie haben sodann etwas noch Ruhmvolleres getan: Die Truppen, die zwei große Mächte, England und Frankreich, zur Schande der Zivilisation und ihrer eigenen Länder gegen die gemarterte bulgarische Nation gesandt hatten, um die serbische Tyrannei über sie aufrechtzuerhalten, sind aus Mazedonien verjagt worden, und heute steht kein einziger feindlicher Soldat auf dem unseren Boden, den Märtyrern der Vergangenheit und der ruhmvollen Gegenwart, so teuren Boden.

Ruhm sei der siegreichen bulgarischen Armee, die durch ihre Tapferkeit, ihre Ausdauer und ihren Schwung unser Vaterland und unsere Waffen neuerdings berühmt gemacht hat. Sie hat sich die ewige Dankbarkeit ihrer befreiten Brüder erworben und war glücklich, ihre Freude und Begeisterung zu teilen, als sich die unvergleichlichen rührenden Szenen in den Städten abspielten, wohin sie die Freiheit gebracht und wo sie die Ketten der Sklaverei gesprengt hatten. Ich gedenke mit Ehrfurcht unserer auf dem Schlachtfelde gefallenen Helden, die mit ihrem Blute das nationale Ideal besiegelt haben.

Meine Herren! Meine Regierung wird Ihnen bloß ein Budgetprovisorium für die erste Hälfte von 1916 unterbreiten, sowie die Kreditforderungen, welche notwendig sind für die Erfordernisse des Krieges, für die Erhaltung der Familien der armeren Soldaten, für die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Veranlagung der von unseren Truppen erlösten und besetzten Gebiete, sowie für die Organisation der an den beiden Ufern der Narişa gelegenen Gebiete, die gemäß dem Uebereinkommen mit dem verbündeten türkischen Reich an Bulgarien als Unterpfand dauernder Freundschaft und glücklicher Zusammenarbeit, entsprechend den höheren gemeinsamen Interessen der beiden Staaten abgetreten worden sind. Meine Regierung wird Ihrer Genehmigung alle Vorlagen unterbreiten, welche sie im Bewußtsein der Wichtigkeit des gegenwärtigen Augenblickes sofort ausgearbeitet und angefertigt der durch die Bedürfnisse der Armee, die Verteidigung des Vaterlandes und die gute Fortführung des Krieges geschaffenen Notwendigkeiten in Kraft gesetzt hat.

Meine Herren! Ueberzeugt, daß Sie, durchdrungen von der Größe des gegenwärtigen Augenblickes und von dem Vertrauen der wahren Patrioten, im Laufe Ihrer Tätigkeit die Eingelieferte beweisen werden, deren das Vaterland jetzt mehr als je bedarf, rufe ich den göttlichen Segen auf Ihre Arbeit herab und erkläre die zweite ordentliche Session der siebenten bulgarischen Nationalversammlung für eröffnet.

Es lebe die bulgarische Nation!
Es lebe die tapfere bulgarische Armee!

Russische Torpedoboote an der bulgarischen Küste.

Petersburg, 28. Dezember. (W. L. B.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Ueber die letzten Operationen unserer Torpedoboote an der bulgarischen Küste teilen die zuständigen Stellen mit, daß die in jener Gegend befindlichen Torpedoboote zwei feindliche Segelschiffe antrafen und versenkten und außerdem bulgarische Küstenschiffe beschossen. Mehrere feindliche Unterseeboote griffen den Torpedobootezerstörer „Gromki“ an, der jedoch zwei auf ihn abgeschossenen Torpedos geschickt auswich und den Angriff durch Geschützfeuer abschlug. Man hat Grund anzunehmen, daß ein der feindlichen Unterseeboote gesunken ist.

Anmerkung des W. L. B.: Zu dem Schlusssatz wird uns an zuständiger Stelle mitgeteilt, daß ein Unterseeboot weder gesunken noch beschädigt ist.

General Castelnau beim König von Griechenland.

Bern, 28. Dezember. (W. L. B.) Der Sonderberichterstatter des „Corriere della Sera“ drabtet aus Athen: Man betrachte den Besuch des Generals Castelnau bei dem König als eine Höflichkeit, da er seitens der französischen Regierung weder neue Forderungen vorgebracht noch neue Erklärungen verlangt habe. Castelnau soll dem König erklärt haben, die Alliierten seien entschlossen, jeden feindlichen Vormarsch auf Saloniki zu verhindern. Die jetzigen Truppenbesätze sollen in Saloniki belassen und für den Notfall weitere Truppen ohne Einschränkung der Zahl gelandet werden, auch soll der General dem König über die Verteilungsmassnahmen der Alliierten unterrichtet und den Wunsch ausgesprochen haben, Griechenland möge weiterhin wohlwollende Neutralität bewahren. König Konstantin habe Castelnau seinen Wunsch wiederholt, die Neutralität und Souveränität Griechenlands mögen nicht geschmälert werden.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 28. Dezember. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von Montagmorgen. Vom Laufe der Nacht ist nichts zu melden, außer in Lothringen, wo unsere Artillerie die feindlichen Arbeiten in der Gegend von Dioncourt und Grémecy (südwestlich von Château-Salins) beschloß.

Paris, 28. Dezember. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von Montagabend. In Belgien ergab das Feuer, welches auf die feindlichen Stellungen zwischen der großen Düne und dem Meer gerichtet wurde, gute Ergebnisse. Es wurden an mehreren Stellen Brustwehren zerstört, und ein Blockhaus in der ersten feindlichen Linie flog in die Luft. Im Artois haben wir gestern abend nordwestlich Cote 140 eine Mine zur Explosion gebracht und den Feind gehindert, den Sprengtrichter zu besetzen. Zwischen

Somme und Dife zerstreute unsere Artillerie eine feindliche Abteilung nordöstlich von Chailly. Zwischen Somme und Reims beschädigten unsere Batterien ein deutsches Werk nördlich von Vouffy. In der Champagne bei Cote 105 richtete der Feind nach einer Beschlebung einen Angriff gegen unsere Linien, der leicht zurückgewiesen wurde. In den Vogesen nördlich Linge glückte es unserer Artillerie, eine infanterische Batterie und Maschinengewehr-Unterstände zu zerstören. Ebenso beschossen wir mit Erfolg feindliche Schützengräben auf dem Saragymnille.

Belgischer Bericht. Festiger Artilleriekampf auf der ganzen belgischen Front. Wir feuerten erfolgreich auf verschiedene deutsche Batterien in der Umgebung von Schoor und Boumen, feindliche Infanterie, die sich in den Schützengräben bei Boumen und beim Fährmannshaus sammelte, wurde durch unser Feuer zerstört.

Orientarmee. Die Lage auf unserer Front ist unverändert.

Dardanellenarmee. Von den beiden letzten Tagen ist außer der üblichen Kanonade kein Ergebnis von Bedeutung zu melden.

Die englische Meldung.

London, 27. Dezember. (W. L. B.) Amtlicher Bericht. Heute früh ließ der Feind gegenüber unserer Linie südöstlich der Hohenzollern-Road eine Mine springen. Wir veranlaßten uns nächst dem Ende des Trichters. Unsere Artillerie beschloß mit gutem Erfolg die Laufgräben des Feindes südlich der Bahn Vile-Armentières. Der Feind antwortete kräftig, richtete aber nur wenig Schaden an. Sonst normale Artillerietätigkeit.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 28. Dezember. (W. L. B.) Amtlicher Bericht vom 27. Dezember. Westfront: In der Küstengegend bei Schwanden (12 Kilometer östlich Ludum) wurde durch eine Abteilung Freischützer ein Angriff angelegt. Gegen 4 Uhr morgens näherte sich ein Teil unbemerkt zu Verden einem deutschen Posten, welcher sich in Häuten hinter einem Drahthindernis befand, durchschritt an mehreren Stellen den Stacheldraht, kletterte sich auf die Häuten und warf Handgranaten in die Fenster. Die Deutschen, welche zu entkommen versuchten, wurden mit dem Bajonett getötet und alle Posten nach kurzem Bajonettkampf niedergemacht. Sechs Soldaten wurden gefangen genommen. Einem kleinen Teil gelang es nach verschiedenen Richtungen zu fliehen. Trotz heftigen Feuers von Seiten der gelang den Freischützern der Rückzug; unsere Verluste sind unbedeutend. In der Gegend des Bahnhofs von Eartorhst bei dem Kirchhof des Dorfes Bodezerowice Rowie vernichteten wir gleichfalls einen deutschen Posten und machten 16 Gefangene. — Schwarzsee: Unsere Torpedoboote vernichteten an der bulgarischen Küste zwei Segler und beschossen Küstenschiffe. Die Angriffe eines feindlichen Unterseebootes gegen das Torpedoboote „Gromki“ wurden durch Artilleriefeuer abgewiesen. — Kaukasusfront: Unsere Truppen besetzten die Stadt Aladabab (80 Kilometer südwestlich Hamadan). In den Kämpfen bei dem Dorfe Nohat-Kerim (30 Kilometer südwestlich Teheran) gegen persische Gendarmen und Wanden Emir Hishmet machten wir 71 Insurgenten zu Gefangenen.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 28. Dezember. (W. L. B.) Bericht des Hauptquartiers. Auf der Galatzfront wurde eine feindliche Abteilung mit zwei Maschinengewehren und einer stattlichen Zahl von Reitern, die unter dem Schutze von zwei Monitoren von Imam Ali Guardi, östlich von Kut el Amara gelegen, Kut el Amara zu Hilfe kommen wollte, in Richtung auf Imam Ali Guardi zurückgeworfen. Auf der Kaukasusfront zwangen einzelne unserer Patrouillen starke feindliche Patrouillen zur Flucht. In der Dardanellenfront warf ein Kreuzer einige Bomben auf die von dem Feinde verlassenen Stellungen bei Anaforta und Ari Burun und zog sich darauf zurück. Bei Sedd ul Bahr warf die feindliche Artillerie eine große Anzahl Bomben gegen unseren rechten Flügel und richtete ein ununterbrochenes Feuer mit Maschinengewehren, Bomben und Lufttorpedos gegen unseren linken Flügel. Unsere Artillerie antwortete, brachte die feindliche Artillerie zum Schweigen und zerstörte einen Teil der feindlichen Gräben. Am 25. Dezember bewarfen feindliche Flieger ohne Erfolg und ohne Schaden anzurichten die Umgebung von Galataloj mit Bomben. Von den am Ufer von Wujuf Kemilli gescheiterten feindlichen Transportschiffen haben wir alles Brauchbare fortgenommen.

Konstantinopel, 28. Dezember. (W. L. B.) Das Hauptquartier teilt mit: In der Dardanellenfront wurde eines von drei feindlichen Flugzeugen, die Ari Burun überflogen hatten, durch das Feuer unserer Artillerie beschädigt und fiel ins Meer. Zwei Schiffe schleppten seine Trümmer gegen Imbros. Bei Sedd ul Bahr dauert der gewöhnliche Kampf mit allen Arten von Bomben und Lufttorpedos an. Ein Panzerschiff der „Agamemnon“-Klasse beschloß unter dem Schutze von zwei Kreuzern, zwei Monitoren und acht Torpedoboote eine Zeitlang mit Unterbrechungen unsere Stellungen. Unsere Artillerie erwiderte und traf mit zwei Hauptkugeln das Panzerschiff und einen der Kreuzer. Am 27. Dezember warf ein hinter der Insel Merleb aufgestellter Monitor achtzig Naubüchsen auf die anatolische Küste der Meerenge. Unsere anatolischen Meerengenbatterien nahmen die Landstellen von Tefke Burun und Sedd ul Bahr verschiedene Male unter Feuer, verhinderten und zerstörten einen feindlichen Transport, versenkten bei Tefke Burun ein Boot und zerstörten einen großen Schuppen durch zwei Treffer. Eines unserer Wasserflugzeuge warf nachts mit Erfolg vier Bomben auf ein Zeltlager. Sonst nichts Neues.

Vom U-Bootskrieg.

Paris, 27. Dezember. (W. L. B.) Das Marine-Ministerium teilt mit, daß ein deutsches Unterseeboot das Patetboot „Vile de la Ciotat“ (Messageries Maritimes, 6878 Tonnen) am 24. d. M. früh im östlichen Mittelmeer torpediert und versenkt hat. Die Passagiere und die Mannschaft wurden zum größten Teil durch das englische Patetboot „Moroo“ aufgenommen und am 26. d. M. in Malta gelandet.

London, 27. Dezember. (W. L. B.) Lloyd's meldet, daß von den Passagieren und der Besatzung des versenkten französischen Dampfers „Vile de la Ciotat“ 80 umgekommen sind. Der britische Dampfer „Jedde“ aus Glasgow, 4552 Bruttotonnen, wurde versenkt; die Besatzung wurde gerettet. — Der britische Dampfer „Cottingham“, 518 Tonnen, wurde versenkt; 7 Mann wurden gerettet. — Der belgische Dampfer „Ministre Deernaert“, 4215 Bruttotonnen, wurde versenkt; 7 Mann wurden gerettet.

London, 28. Dezember. (W. L. B.) Lloyd's meldet: Der britische Dampfer „Van Strum“ wurde versenkt. Die Besatzung wurde gerettet.

Ein Friedensfühler?

Basel, 28. Dezember. (W. L. B.) Die „Neue Zürcher Zeitung“ veröffentlicht einen Artikel „Friedensgedanken“, der sich mit angeblich in unterrichteten deutschen Kreisen bestehenden Friedenszielen des Deutschen Reiches befaßt. Der Artikel lautet in seinem wichtigsten Teil: Man denkt sich in deutschen Kreisen die Grundzüge der jetzt eingeleiteten Friedensverhandlungen wie folgt:

1. Belgien soll seine Unabhängigkeit und Selbständigkeit erhalten bleiben, sofern es durch Verträge, dieselben auch durch Faustpfänder, eine Wiederholung der Ereignisse des Jahres 1914 unmöglich macht. Ein völliges Auflösen Belgiens würde sogar von der deutschen Großindustrie aufs heftigste bekämpft werden, weil ein Falllassen der Zollschranken zu unheimlichen Situationen führen müßte, solange die Arbeiterverhältnisse Belgiens infolge des Mangels eines ausreichenden Absatzgebietes so weit hinter denen Deutschlands zurückstehen. Selbst für eine Zollunion verlangt man ein Uebergangsstadium von mindestens fünf Jahren. Belgien hätte aber an Deutschland eine jährliche Kriegskontribution zu bezahlen in Höhe des früheren Militärbudgets, wogegen Deutschland bis zur endgültigen Auszahlung die Volksgewalt ausüben wird.

2. Die okkupierten französischen Departements würden ohne weiteres an Frankreich zurückgegeben; auch auf eine Kriegsschadigung seitens Frankreichs würde Deutschland verzichten, sofern Frankreich seine Forderungen an Rußland im Betrage von etwa achtzehn Milliarden Frank an Deutschland abtritt. Selbstverständliche Voraussetzungen dieses Abkommens mit Frankreich wäre die Rückgabe aller deutschen Kolonien durch England und die Räumung von Calais.

3. Rußisch-Polen soll unter einem deutschen Fürsten als König von Polen vollkommen unabhängig und selbständig werden; dagegen hätte es an Deutschland eine Kriegskontribution auf gleicher Grundlage wie Belgien zu entrichten. Dem historischen Drange nach dem Meere, der Rußlands Politik seit Jahrhunderten beherrscht, soll in der Weise entsprochen werden, daß dem Zarenthum ein Ausgang nach dem persischen Golfe zugestanden wird.

4. Italien müßte auf die okkupierten türkischen Inseln verzichten, wogegen sein status quo ante aufrechterhalten bliebe.

5. Bulgarien müßte selbstverständlich Mazedonien zugesprochen werden, ebenso ein von Risch bis Semendria reichender Korridor bis zur Donau. Das frühere Altserbien soll selbständig bleiben oder aber mit Montenegro zu einem Königreiche vereinigt werden.

6. Albanien müßte seine früher zugestandene Selbständigkeit unter einem selbstgewählten Fürsten tatsächlich erhalten.

7. Die Ansprache Rumaniens und Griechenlands scheinen in diesem Augenblick noch nicht ganz festzustehen.

Wir glauben, daß es die Pflicht der neutralen Presse ist, die Diskussion über diese Grundbedingungen des künftigen Friedens zu eröffnen, denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß jene eine sehr empfindliche Versärfung erfahren würden, wenn weitere größere kriegerische Ereignisse zugunsten der Centralmächte entscheiden würden. Man darf sich darüber keiner Täuschung hingeben, daß Deutschland trotz seiner aufrichtigen, tiefempfundenen Friedenssehnsucht mit neuem Entschlossenem zum Schwerte greifen wird, wenn die dargebotene Hand in tragischer Verkennung der wirklichen Situation zurückgestoßen würde.

Anmerkung des W. L. B.: In der Schweiz will man in diesem Artikel einen von deutscher Seite ausgehenden Friedensfühler sehen. Wir sind ermächtigt, zu erklären, daß diese Auffassung selbstverständlich unbegründet ist.

Holländische Ambulanzen für Deutschland und Ungarn.

Amsterdam, 28. Dezember. (W. L. B.) Heute früh sind von hier die zwei Ambulanzen, die Holland nach Deutschland und Ungarn entsendet, abgegangen. Der Vertreter des Wolffschen Telegraphen-Bureaus hatte vor der Abreise Gelegenheit, mit dem Organisator des großangelegten Unternehmens, dem berühmten Chirurgen und Professor an der Amsterdamer Universität Dr. O. Lang zu sprechen. Professor Lang teilte ihm in dieser Unterredung mit, daß der Gedanke, den Verwundeten der beiden verbündeten Mittelmächte Hilfe zu senden, im ganzen Lande auf fruchtbaren Boden gefallen sei. In außerordentlich kurzer Zeit sei es gelungen, die für das Liebeswerk notwendigen Ärzte und Pflegerinnen anzuwerben und eine sehr beträchtliche Gesamtsumme zusammenzubringen. Zahlreiche Persönlichkeiten der vornehmsten Stände in Holland hätten sich mit Eifer für das Gelingen der Expedition eingesetzt. „Sie können Ihren Landsleuten mitteilen“, sagte Professor Lang, „daß diese Tat die beste Antwort ist, die Holland auf all das deutschfeindliche Geschwätz und die Hysterien im „Telegraaf“ geben konnte. Noch kurz vor der Abreise, als schon alles fertig war, meldeten sich Ärzte und Pflegerinnen zur Teilnahme an der Fahrt. Und Leute von gutem Namen in der Provinz machten sich bis zum letzten Augenblick erbtig, in ihren Orten Ortsgruppen der Organisation zu bilden, welcher die Expedition ihre Entstehung verdankt.“

Die beiden Ambulanzen, die heute abend in Berlin eintrafen sollen, bestehen aus zusammen 74 Mitgliedern. Sie werden nach Gletwiy in Schlesien und nach Budapest weitergeschickt werden, um dort ihre Tätigkeit anzunehmen. Jede der beiden Ambulanzen wird von sechs Ärzten und einem Zahnarzt begleitet sein und über 200 Betten und reichliches Material verfügen. Ein Sonderzug mit allem Nötigen wird nächste Woche von Amsterdam abgehen. Professor Lang, der die Ambulanzen in Amsterdam persönlich zusammengestellt hat und sie nach Deutschland bzw. Ungarn begleitet, wird die Einrichtung und Inbetriebsetzung der Spitäler selbst überwachen und dafür Sorge tragen, daß sie der militärischen Organisation ihrer Standorte eingegliedert werden. Hierauf wird er nach Amsterdam zurückkehren, da die Rücksichten auf seinen Beruf ihm keine längere Abwesenheit gestatten.

Die Beschlagnahme der holländischen Post.

Amsterdam, 28. Dezember. (W. L. B.) Die Wäiter melden, daß von Nord des Dampfers „Nieuw Amsterdam“, der heute Nacht in Rotterdam angekommen ist, im ganzen 532 Poststücke mit Briefen von den Engländern beschlagnahmt wurden. Nach dem Haager „Nieuwe Courant“ beträgt die Zahl der Briefe mit holländischer Post, die in den letzten Wochen widerrechtlich zurückgehalten wurden, ungefähr 2000. Von der Post des Dampfers „Prisia“ wurde nur ein Teil zurückgegeben; der Rest befindet sich noch in England. „Nieuwe Courant“; der das Vorgehen der Engländer einen ungerechtfertigten Eingriff in die Souveränitätsrechte der Niederlande nennt, erinnert daran, daß

nach dem Artikel 9 des internationalen Vertrags Nr. 11 dieser nur dann in Anwendung kommen soll, wenn alle Kriegführenden Teilnehmer am Vertrage sind. Dieses sei aber nicht der Fall. Außerdem hätten die Bestimmungen der Postunion zwischen Holland und England durch den Ausbruch des Krieges ihre Gültigkeit nicht verloren.

Vom französischen Sozialistenkongress.

Paris, 28. Dezember. (W. L. B.) Dem Blatte „La Presse“ zufolge verbot die Zensur jegliche Veröffentlichung über die Sitzungen des Sozialistenkongresses in Paris, außer dem offiziellen Sitzungsbericht. Dieser befaßt über die gestrigen Verhandlungen nur, daß auf der Tagesordnung die Prüfung der allgemeinen Lage und das Thema „Die Partei und der Krieg“ standen. Er zählt die Redner auf, unter denen Guesde sich befand. Mit der heutigen Nachtigung dürfte der Kongress zu Ende gehen.

Die russische Regierung deckt den Moskauer Pogrom!

Petersburg, 27. Dezember. (W. L. B.) Nach „Russkaja Slowa“ hat die Regierung angeordnet, daß keine gerichtliche Verfolgung gegen die höheren Verwaltungsbeamten Moskaus eingeleitet werden soll, die beschuldigt werden, die Moskauer Deutschenheute im Mai begünstigt zu haben. Alle Ansprüche auf Schadenersatz des vom Pogrom angerichteten Schadens sollen privat und außergerichtlich erledigt werden.

Die oben wiedergegebene Meldung ist ein Beweis dafür, daß die reaktionäre Regierung Gorewitsch-Ostrowski selbst vor der Schamlosigkeit nicht zurückschreckt, mit den Pogromisten zu fraternisieren und die Hauptschuldigen an der Moskauer Deutschenheute außer Verfolgung zu setzen. Der Grund dieser Maßnahme ist darin zu suchen, daß die auf Klage der zahlreichen Geschädigten betriebene gerichtliche Untersuchung täglich neue Beweise dafür erbrachte, daß die Moskauer Deutschenheute von der Regierung selbst angestiftet und gebildet worden ist. So konnte noch vor einigen Tagen ein zweiter verbreiteter bürgerlich-demokratischer Blatt, die „Kiewskaja Wist“ schreiben:

„Allmählich werden in allen Einzelheiten die Bedingungen aufgedeckt, unter denen der Moskauer Pogrom in Moskau sich abspielte. Das Bild, das sich hierbei entrollt, ist imponierend, wenn auch in seinen Grundzügen keineswegs neu. Den Moskauer Behörden war es bekannt, daß ein Pogrom vorbereitet wurde; sie unternahmen aber nichts zu seiner Vorbeugung oder Unterdrückung. Der Stadthauptmann Adrianow gab sogar Pogromisten die Versicherung, daß der Oberkommandierende, Fürst Jusupow, wäre ihr „Bestimmungsgenosse“ und sei zum Kampf gegen die Deutschen nach Kaschau gerufen worden. Adrianow erklärte zwar nicht, wie weit diese „Bestimmungsgenossenschaft“ des Fürsten Jusupow sich erstreckte, aber aus den Handlungen des letzteren wie auch Adrianows selbst konnten die Pogromisten den Schluß ziehen, daß die damaligen Vertreter der höchsten Moskauer Administration in den Rathen des Kampfes gegen die Deutschen und in den Anschauungen über fremdes Eigentum mit ihnen vollkommen identisch waren. Die im Regierenden Senat (dem höchsten russischen Gerichtshof) eingereichten Klagen legen Zeugnis davon ab, daß Fürst Jusupow und Adrianow dem Pogrom inmitten der Menge unthätig zusahen, ja in einigen Fällen autoritativ bestätigten, diese oder jene Firma sei eine russische und unterliege deshalb nicht der Beschlagnahme, während Adrianow, als das Geschäftsbüro von einem geplündert wurde, sogar das Haupt entlockte. Diese rührende Szene konnte die Minderheit endgültig davon überzeugen, daß Adrianow sie keineswegs irreführt habe, als er ihnen von der „Bestimmungsgenossenschaft“ des Fürsten Jusupow erzählte. Aber nicht nur die Teilnehmer des Pogroms konnten sich davon überzeugen. Der Fabrikant Prochorow wandte sich an Adrianow mit der Bitte, die geplante (patriotische) Manifestation, über deren Charakter niemand im Zweifel war, zu verhindern. Adrianow entgegnete darauf, er halte es nicht für möglich, die manifestierende Menge auseinanderzutreiben; er sei vielmehr bereit, vor ihr zu salutieren und sie zu begrüßen! Das Stadthaupt Tschelnow wandte sich mit derselben Bitte an den Fürsten Jusupow; dieser aber lehnte es ab, Maßnahmen zur Verhinderung der Manifestation zu ergreifen und sprach in seiner Rede an die Mitglieder der Stadterordnetenversammlung seine Sympathie für den Protest der Menge aus, wobei er lediglich die Minderungen rügte und sie mit den Wünschen des „russischen Erziehungssystems“ entschuldigte. Bei solchen aufgeklärten Anschauungen und bei solcher vorfichtiger, erzieherischer Haltung gegenüber den Kriminalverbrechern in der Menge mußte der Pogrom sich wie eine Plut über die Stadt ergießen und Moskau und das ganze Reich nochmals mit Schmach bedecken.“

„Jetzt aber — fährt das kleiner Blatt fort — wo den Beschädigten und Anklägern der unwissenden Menge, die von ihnen in entsprechendem Sinne erzogen wurde, die Verantwortung droht, suchen sie die Schuld wie immer einer auf den anderen abzuwälzen. Fürst Jusupow rechtfertigt sich damit, er habe dem Stadthauptmann ein Bataillon Soldaten angeboten, dieser habe aber abgelehnt und erklärt, er werde mit den Polizeimannschaften auskommen. Fürst Jusupow hat aber noch ein stärkeres Argument zu seiner Verfügung: Als die Unruhen ausbrachen, übertrug er die Befehle der damaligen Minister des Innern, Wlaskow, den Fürsten Jusupow mit telegraphischen Anweisungen, in keinem Falle von der Waffe Gebrauch zu machen! Wir wissen noch nicht, was Adrianow zu seiner Rechtfertigung vorbringen wird; wir werden aber nicht erkaunt sein, von ihm zu vernehmen, er habe vom Fürsten Jusupow den Befehl erhalten, seinen Gebrauch von der Waffe zu machen. Wir wissen auch nicht, wie Wlaskow sich rechtfertigen wird; wir werden aber auch nicht frappt sein, wenn er sich auf die Mängel des „russischen Erziehungssystems“ berufen oder erklären wird, er sei bereit, vor der Menge zu salutieren. Indem sie einer auf den anderen die Schuld abzuwälzen suchen, bestätigen sie nur gegenseitig ihre Schuld. Jeder von ihnen hat in seiner Weise, oder vielleicht alle in einer und derselben Weise, mehr als alle anderen den Moskauer Pogrom gefördert.“

Dieser wichtigen Anklage, die das Welt der herrschenden Diktatur ins Gesicht schleudert, ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Aus dieser Anklage ergibt sich genau dasselbe Bild, das sich bei den Senatorenuntersuchungen der Juden- und Armeniermordeleiten stets herausgestellt hat. Noch immer trifft das Wort zu, das der frühere Gouverneur von Westsibirien und spätere Abgordnete, Fürst Iljussow, in der ersten Duma der Regierung entgegenschleuderte: Noch immer werde das russische Reich von Wackelmeisern und Pogromisten regiert! Erfreulich ist lediglich, daß diesen Elementen selbst unter dem Druck der Zensur und des Kriegszustandes auch von bürgerlicher Seite eine offene Brandmarke entgegengeschleudert wird. In einer Zeit, wo die Einzelheiten der fürchterlichen Moskauer Ausschreitungen im Mai dieses Jahres bekannt werden, und wo die gegenwärtige Lage in Rußland durch die verstärkte Mobilisierung der Schwarzen Hunderte gekennzeichnet wird, muß immer und immer wieder daran erinnert werden, daß das niedergebaltene, durch den Krieg desorganisierte und geschwächte demokratische, freiheitliche Rußland nicht verantwortlich gemacht werden kann für die Sünden des alten Regimes.

Deutscher Vorschuh an die Türkei.

Konstantinopel, 27. Dezember. (W. L. B.) Die Regierung brachte in der Kammer einen Gesetzentwurf ein, in dem sie ermächtigt wird, in Deutschland einen Vorschuh von 20 Millionen Pfund aufzunehmen.

Politische Uebersicht.

Die Schwierigkeiten der Finanzreform.

Auch der nationalliberalen „Magdeburger Zeitung“ mißfällt das Bemühen der „Kölnischen Volkszeitung“, im Hinblick auf die Aufbringung der Kriegskosten die bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zu einigen. Die ganze von dem Zentrumsblatt entworfene Perspektive (Ablehnung weiterer Kriegskredite, Opposition gegen die zu erwartende Steuervorlage) gerate ins Wasser, wenn man nicht geneigt sei, Hochs Worte mit der endgültigen Stellungnahme der Sozialdemokratie gleichzusetzen:

„Uns will scheinen, man sollte solche herausfordernden Behauptungen lieber unterlassen, solange sie auf so schwanken Fühen stehen und solange die sozialdemokratischen Wähler zum großen Teil im Schützengraben liegen. Daß die Entwicklung so dauerliche Wege gehen kann, wie die „Kölnische Volkszeitung“ meint, glauben wir auch, namentlich dann, wenn von bürgerlicher Seite gehörig nachgeholfen wird. An gutem Willen dazu scheint es offenbar auf manchen bürgerlichen Seiten nicht zu fehlen.“

Die Sozialdemokratie befindet sich in der angenehmen Lage, ruhig abwarten zu können, ob die Sammlungsbestrebungen Erfolg haben werden oder nicht. Ihr ist die Eile, mit der die „Kölnische Volkszeitung“ den bürgerlichen Bloch herstellen will, nur eine Bestätigung dafür, daß zum mindesten das Zentrum eine „Finanzreform“ anstrebt, für die wir uns nicht mitverantwortlich machen können. Die übrigen bürgerlichen Parteien scheinen sich einstweilen über das Wesen der Reform so wenig klar zu sein wie die Regierung. Aber es ist immerhin bezeichnend, daß auch die „Magdeburger Zeitung“ Zweifel hegt, ob Liberale, Zentrum und Konserbative zu einer einheitlichen Stellungnahme gelangen können. Sie schreibt:

„Wenn nun aber das Zentrumsblatt fortfährt: „Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Regierung und der Bundesrat diese kolossale Steuerbelastung allein durch direkte Steuern aufbringen werden. Darüber ist sich doch heute schon jeder politisch denkende Kopf klar.“ so ist zu erwidern: Gewiß, aber auch darüber ist sich jeder politisch denkende Kopf klar, daß selbst mit direkten und indirekten Steuern zusammen die kolossalen Kosten nicht aufzubringen sein werden, sondern nur mit Hilfe von sehr ergiebigen Monopolen. Und da liegt ein Punkt, an dem — wenn man denn schon prophezeien will — doch auch wohl zwischen den bürgerlichen Parteien erhebliche Meinungsverschiedenheiten vorauszuversetzen sind.“

Was dann geschehen soll, wenn auf der einen Seite die Sozialdemokratie nicht mitmachen kann und auf der anderen die bürgerlichen Parteien nicht einig werden — diese knifflige Frage läßt auch die „Magdeburger Zeitung“ unbeantwortet.

Wesentlich günstiger stellt sich zu der Anregung der „Kölnischen Volkszeitung“ die freikonservative „Post“. Sie findet die Idee eines Zusammenschlusses der bürgerlichen Parteien ernstester Erwägung wert. Für jetzt handele es sich freilich nur um Kleinarbeit, aber nach Friedensschluß werde es mit Rücksicht auf die gewaltigen Anforderungen dringend notwendig sein, alle Meinungsverschiedenheiten zwischen den bürgerlichen Parteien zu begraben. Gerade das, was über die neuen Lasten gesagt wird, ist am interessantesten:

„Wenn es gilt, nach Friedensschluß das Gleichgewicht im Reichshaushalt dauernd zu sichern, wird es nach menschlicher Voraussicht der Erhebung neuer reicher Einnahmequellen bedürfen. Vor Friedensschluß läßt sich die Höhe des Bedarfs nicht mit Sicherheit aufstellen. Aber auch im besten Fall wird ein bestimmter großer Teil der Kriegskosten, namentlich der indirekten, zur Last bleiben. Man braucht sich daher nur des verberlichen Parteibaders nach 1900 zu erinnern, um sich klar zu werden, wie notwendig es ist, der Befähigung der Einmütigkeit unseres Volkes in Vaterlandsliebe durch ähnliche Steuerkämpfe rechtzeitig vorzubringen. Vereinen sich die bürgerlichen Parteien zu dem festen Entschlusse, bei Bewilligung der Staatsnotwendigkeiten sich unter Zurückstellung aller Partei- und Populäritätsrücksichten ausschließlich das Gemeinwohl zum Leitstern dienen zu lassen, so ist dies im vaterländischen Interesse nur mit Befriedigung zu begrüßen.“

Und — möchten wir hinzufügen — im Interesse der hinter der „Post“ stehenden Schichten, wenn man für die Bewilligung der Staatsnotwendigkeiten noch ein System aufstellt, dem die Sozialdemokraten ihre Mitwirkung versagen müssen.

Rücklagen auf Kosten der Zukunft.

Der Landwirtschaft geht es gut, aber es ist ihr unangenehm, daß es bekannt wird. So spricht der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Sachen von Einzahlungen in beängstigender Höhe und die konservative „Schlesische Zeitung“ möchte die nicht abzuleugnenden Mehreinnahmen in Spar- und Darlehnskassen am liebsten als Zeichen der Not registrieren:

„Wenn die Spar- und Darlehnskassen während des Krieges nicht unerhebliche Mehreinnahmen aufweisen und mit freudiger Bereitwilligkeit (und in Erwartung fünfprozentiger Verzinsung — D. R. d. B.) zu den Kriegsanleihen beitragen konnten, so wird man diese „Reingewinne“ nicht als Gewinn der Landwirtschaft betrachten dürfen, sondern als Rücklagen auf Kosten der Zukunft; denn es sind hauptsächlich Ersparnisse an Betriebsmitteln, insbesondere an Futter, Dünger und sonstigem Material, deren Anschaffung unterblieb, weil es daran fehlte oder zu teuer schien. Diese „Ersparnisse“ werden aber nur in Ausnahmefällen zur Dedung der „Kriegskosten“ ausreichen, um die Wirtschaft wieder auf die alte Höhe zu bringen. Winderträge müssen die nächste Folge dieser Sparjamkeit sein.“

Zum Teil mag das zutreffen. Aber sicher gehen die Ersparnisse weit über den Betrag hinaus, der später abgehoben werden muß, um die Wirtschaft wieder in normalen Gang zu bringen. Und außerdem: glücklicherweise, der nicht nur während des Krieges sein reichliches Auskommen hat, sondern auch noch Rücklagen für die Erfordernisse der auf den Friedensschluß folgenden kritischen Periode machen kann.

Das tägliche Brot.

Gegen die Brotgetreideverfütterung.

Berlin, 27. Dezember. (W. L. B.) Wenn man unsere Provinzpresse täglich verfolgt, so kann man feststellen, daß sich die Fälle, in welchen ungeschickterweise Brotgetreide von Landwirten verfüttert wird, in erschreckender Weise mehren. Aus allen Gebieten des Deutschen Reiches lehren täglich Zeugnisse hierfür wieder, sei es, daß die Zeitungen über Verurteilungen von Landwirten berichten, die sich dieses Vergehens schuldig gemacht haben, sei es, daß Landräte Veröffentlichungen erlassen müssen, die nochmals und immer wieder mit Nachdruck darauf hinweisen, daß die Verfütterung von Brotgetreide verboten ist und daß Uebertretungen streng bestraft werden. Um ein Beispiel aus vielen herauszugreifen, sei eine Mitteilung des „Osnabrücker Tageblattes“ vom 9. November

1915 genannt, in der eine Reihe dieser Vergehungen für einen lokalen Bezirk zusammengefaßt worden sind. Dort hatten Landwirte Roggen verfüttert, weil sie gemeint hatten, daß derselbe nicht als Brotgetreide angesehen werden könne, da es sich um minderwertige Körner oder um mit anderen Getreidekörnern vermischten Roggen handele. Ein Landwirt hatte Roggenkörner verhäckelt, ein anderer behauptete, das Verbot, Futterkorn zu verfüttern, nicht gekannt zu haben, wieder ein anderer hatte die beim Dreschen abgeriebenen Ähren zusammengefaßt und zu Häckel vermischt, wieder ein anderer wurde von dem Gendarmerieinspektmeister dabei betroffen, als er auf seiner Schrotmühle ein Gemisch von Daser und Roggen zusammen mit Weis verschrotten wollte usw. Dieser unsere Ernährung im Kriege geradezu bedrohende Zustand muß eine Änderung und zwar eine sehr schleunige Änderung erfahren. Jeder vernünftig denkende Mann im Deutschen Reich weiß, wie schwer die Futtermittelnot auf der Landwirtschaft und auf den Landwirten lastet. Aber ein jeder weiß auch, daß uns diese Sorge nicht abdringen darf, jedes einzelne Korn, das dem Brotkonsum zur Verfügung gestellt werden kann, tatsächlich für die Versorgung unseres Volkes nutzbar zu machen. In Friedenszeiten sind wir gewohnt, minderwertiges Brotgetreide, insbesondere das überfeuchte Brotgetreide, zu Futtermitteln zu verwenden. In Kriegszeiten, in Zeiten, in denen wir vom Auslande abgeperrt sind, muß auch das minderwertige Getreide durch Verarbeitung dem Brotkonsum nutzbar gemacht werden. Darum sind Verstöße gegen das Verfütterungsverbot nicht als bloße Ueberschreitungen irgendwelcher polizeilicher Bestimmungen anzusehen, sondern sie sind ein Verbrechen, das an unserm Vaterland in die Kriege begangen wird, und der vaterlandslose Sinn, der diesen Vergehen zugrunde liegt, kann durch keine Geldstrafe geahndet werden. Was macht es auch schließlich für den Landwirt aus, wenn er einige hundert Mark Strafe bezahlen muß, aber dafür an dem verführten Brotgetreide einen tüchtigen Gewinn gemacht hat. Es muß die Einsicht durchdringen, daß derjenige, welcher Brotgetreide verfüttert, für alle Zeiten den Stempel einer Verurteilung an den wichtigsten Interessen unseres Vaterlandes trägt. In allen ländlichen Kreisen, in allen Versammlungen, in den Schulen und wo es sonst möglich ist, sollte immer wieder mit Nachdruck darauf hingewiesen werden:

„Wer Brotgetreide verfüttert, macht sich strafbar und verurteilt sich an dem Vaterland!“

Unberechtigter Vorwürfe gegen die Zentral-Einkaufsgesellschaft.

Berlin, 28. Dezember. (W. L. B.) In einer Reihe von Zeitungen wird erneut die Behauptung aufgestellt, daß die Zentral-Einkaufsgesellschaft bei dem Verkauf österreichisch-ungarischer Bier durch eigene Preiszuschläge und durch unangemessen hohe Bezüge der von ihr mit dem Einkauf beauftragten Händler — diese sollen angeblich längere Zeit hindurch zusammen 150 000 M. monatlich verdient haben — das Ei um 5-6 Pfennig verteuert habe. — Dieser völlig unzutreffende Mitteilung ist bereits einmal in der Presse entgegengetreten worden. — Der ursprüngliche Einsender dieser Zeitungsnote, ein Dresdener Hotelbesitzer, hat die Unrichtigkeit seiner auf falschen Informationen beruhenden Behauptungen zugestanden. — Bei weiterer Verbreitung dieser Angaben wird die Zentral-Einkaufsgesellschaft, wie sie mitteilt, die Hilfe der Gerichte in Anspruch nehmen.

Kriegsbekanntmachungen.

Die neuen Mannschafsuniformen.

Von den neu eingeführten Mannschafsuniformen hat das Kriegsministerium nunmehr Beschreibungen herausgegeben, die den Fabrikanten, Uniformgeschäften usw. vom Kriegs-Velkleidungsamt des III. Armeekorps in Spandau unentgeltlich verabfolgt werden. Dort sind vorrätig: Beschreibung und Abbildung des Mantels und der Wulst, Beschreibung des Kittels und Beschreibung der Abnahmevorschriften der matten und blanken Uniformstücke. Nachproben der neu eingeführten Mannschafsuniformen sind von jetzt ab beim Kriegs-Velkleidungsamt des Gardekorps in Berlin zu haben. Nachproben der Ärmel und der übrigen neu eingeführten Stücke können Fabrikanten usw. vom Velkleidungsamt beziehen, in dessen Bezirk sie wohnen. Dort können auch Proben des neuen Mannschafsmantels und der Mannschafsköpfe, wovon Nachproben nicht abgegeben werden, in Augenklein genommen werden.

Die Änderungen der Anzugsbeschreibungen zur Velkleidungsvorschrift für Offiziere usw. werden voraussichtlich in einigen Wochen veröffentlicht.

Letzte Nachrichten.

Auf eine Mine geraten.

Ymuiden, 28. Dezember. (W. L. B.) Der Ymuiden Dampstrawler „Eziny 88“ stieß gestern früh beim Fischen in der Nordsee auf eine Mine. Drei Mann der Besatzung wurden getötet, drei schwer verwundet. Die acht Ueberlebenden wurden heute mittag durch einen anderen Ymuiden Dampstrawler hier gelandet.

Kritische Fragen im englischen Kabinettsrat.

Rotterdam, 28. Dezember. (W. L. B.) „Rotterdamsche Courant“ meldet aus London: Der gestrige Kabinettsrat, in dem über die Ergebnisse der Werbelampagne Lord Verbois berieten wurde, gelangte zu keinem Entschlusse. Heute wird das Kabinet die Beratungen fortsetzen. Der parlamentarische Mitarbeiter der „Times“ schreibt, daß der Zustand gestern abend heikel war und heute vielleicht noch kritischer werden wird. Einige Minister bringen darauf, sofort die Dienstpflicht einzuführen, da diese allein dem Premierminister die Möglichkeit gebe, sein Versprechen einzulösen. Andere wieder wollen den Unverheirateten noch einmal Gelegenheit geben, sich anzubringen zu lassen. Einige von ihnen erklären, daß ein Versprechen, bei dem sie nicht zu Rate gezogen wurden, für sie nicht bindend sein könne. Beide Gruppen setzten sich aus Liberalen und Unionisten zusammen. Neben ihnen gibt es noch eine dritte Gruppe, die bisher aber zu keinem Entschlusse gelangt ist. Der parlamentarische Mitarbeiter der „Times“ glaubt, daß Asquith trachten werde, sein Versprechen einzulösen, und gleichzeitig versuchen werde, zu verhindern, daß einige Minister ihre Ämt niederlegen. Durch ein energisches Vorgehen könne dies vielleicht noch erreicht werden, obwohl die Aussichten dafür gestern entschieden ungünstig gewesen seien. — Der parlamentarische Mitarbeiter der „Daily News“ schreibt, daß das Kabinet sich nicht nur mit Asquiths Versprechen befasse, sondern auch mit anderen ernst, die neutralen Staaten angehenden Fragen.

Ausschneidung gegen Juanschkais Kaiserthum.

Beking, 27. Dezember. (W. L. B.) (Meldung des Neutürkischen Bureaus.) Der Militärgouverneur von Yunnan erließ eine Proklamation, in der die Unabhängigkeit Yunnans erklärt wird. Es heißt darin, daß Juanschkai die Erde, welche er als Präses ablegte, gedrohen habe und den Ermahnungen, die Republik wieder herzustellen, nicht nachgekommen sei. Zahlreiche, aus nördlichen Truppen bestehende Verstärkungen werden nach dem Süden transportiert. — Wie demselben Bureau aus Schanghai gemeldet wird, sagte ein revolutionärer Führer aus Japan, der von einem Berichterstatter befragt wurde, es hänge nunmehr von den anderen Militärgouverneuren ab, ob sie sich der Resolution anschließen wollten, die vor vierzehn Tagen endgültig beschlossen worden sei. Ferner sagte er voraus, daß vor Ablauf dieser Woche, zu welcher Zeit Juanschkais Proklamation der Monarchie erwartet werde, eine allgemeine Erklärung gegen Juanschkai erfolgen würde.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.
Gestörte Betriebsamkeit.

Auf welche Art in Berlin von Agenten versucht wird Geld zu verdienen, ist in den Sitzungen der Schlichtungskommission für das Schneidergewerbe wiederholt zur Sprache gekommen. In der Regel übernehmen sie von den Bekleidungsämtern große Posten Arbeit, die sie dann weiter verkaufen, bis zuletzt für die Arbeiter nur noch ein außerordentlich niedriger Lohn übrig bleibt.

Am leichtesten hoffen nun ein Handelsagent Ems Weis sein Schicksal ins Trockne zu bringen, der in der Gormannstr. 5 ein Bureau unterhält und in der „Berliner Volkszeitung“ geeignete Objekte sucht, die ihm zu Geld verhelfen sollen.

Die Berliner Diederichsverwaltung des Schneiderverbandes hatte sich um den Herrn ein wenig bemüht und darauf in folgendem Schreiben sein Geschäftsgeschäft der Militärbehörde geschildert:

„An das Oberkommando in den Marken,
Berlin,
Hinter dem Giechhause.

Die aus der anliegenden Nummer 544 der „Berliner Volkszeitung“ ersichtlich, befindet sich in der Gormannstr. 5 ein Handelsagent, der für Nähstuben Lieferungen auf Waffenzügel, Infanterie- und Reitermäntel, Dolan, Lazarett- oder Gefangenenanzüge und dergleichen vermittelt will.

Im Berliner Schneidergewerbe sind seit Ausbruch des Krieges umfangreiche Klagen geführt worden wegen des Lohnbruchs, der infolge der Betätigung der Zwischenmeister und Agenten, wie dieser Handelsanwalt sie unternimmt, entsteht.

Der Schneider Friedrich Knoop hat bei diesem Anwalt vorgesprochen und nachgefragt, ob er nicht in der Lage sei, ihm Arbeit zu vermitteln. Der Handelsanwalt hat dies bejaht und von ihm die Zahlung eines Betruges von 10 M. für die Schreibgebühren gefordert und außerdem 3 Proz. vom Bruttoumsatz, d. h. des vom Amt gezahlten Arbeitslohnes als ständige Rente. Auf den Einwand des Schneiders Knoop, daß er von den 25 Proz., die ihm nach der Vorschrift des Bekleidungsamtes für seine Tätigkeit als Arbeitgeber zustehen, den auf ihn entfallenden Teil der Krankenkassenbeiträge, der Miete für das Lokal und die übrigen Unkosten, die mit der Aufrechterhaltung des Betriebes zusammenhängen, deduzieren müsse, beehrte ihn der Handelsagent dahin, daß er die Kranken- und Invalidenkassenbeiträge sowie die Transportkosten und alle ihm aus seinem Betriebe entstehenden Unkosten aus den 75 Proz. des Macherlohnes, die als reiner Arbeitslohn vom Amt gezahlt sind, nehmen könne. Dagegen seien die 25 Proz. reiner Gewinn, für den keine Arbeitsleistung gefordert werde.

Um den schändlichen Klagen über den Lohnbruch ein Ende zu machen, hat das Kriegsbekleidungsamt des Gardekorps und mit ihm das Bekleidungsamt des 3. Armeekorps in Spandau verfügt, daß dem letzten Arbeiter 75 Proz. des vom Amt gezahlten Macherlohnes gewährt werden muß. Diese Verfügung ist wiederholt in den verschiedensten Berliner Zeitungen mitgeteilt worden, und dürfte auch durch die händigen Verhandlungen vor der Schlichtungskommission den im Schneidergewerbe tätigen Verlenen bekannt geworden sein, daß die Darlegungen des Handelsanwalts falsch sind.

Wenn trotz der Bemühungen der Militärbehörden und der Schlichtungskommission solche Agenten in der hier geschilderten Weise tätig werden, so liegt die Gefahr nahe, daß die leistungsfähige Tätigkeit der Schlichtungskommission neuen Schwierigkeiten begegnet, und bitten wir daher, dem hier genannten Handelsanwalt den Betrieb in der geschilderten Weise zu unterlagen.

Nach eingehender Untersuchung kam das Oberkommando zu einer Entscheidung, die in dem nachstehenden Schreiben an die Berliner Ortsverwaltung zum Ausdruck kommt:

Oberkommando
in den Marken.

Dem Agenten Ems Weis ist heute die Beförderung fremder Rechtsangelegenheiten während der Dauer des Kriegszustandes verboten worden.

Von seiten des Oberkommandos.
Der Chef des Stabes
gez. v. Verag.

Es ist durchaus erfreulich, daß diese ungesunden Erscheinungen aus dem Geschäftsleben entfernt werden.

Deutsches Reich. Vorbeugende Fürsorge.

Die Breslauer Droschkenbesitzer sind offenbar zu der Einsicht gelangt, daß ihre Angestellten bei den jetzigen Löhnen in der Zeit der Teuerung nur schwer auskommen können. Statt aber logischerweise den Führern, die bisher keinerlei Lohnforderungen gestellt haben, eine Teuerungszulage anzubieten, beantragten sie einseitigen Forderungen derselben vor, indem sie den folgenden Beschluß faßten:

Es ist unmöglich, den Taxameterführern eine höhere als die bisher übliche Entlohnung von 30 Proz. geben zu können.

Wir verpflichten uns daher hierdurch ehrenwörtlich, von bei uns eintretenden oder in Tätigkeit befindlichen Führern eine höhere Entlohnung als 30 Proz. nicht zu bewilligen.

Dies bekräftigen durch eigenhändige Unterschrift:
gez. Oskar Bräuer, Firma B. Bollert, Emil Günther, Gustav Kalupke, Joseph Warmbrunn, Gustav Zigan, Ernst Nieger, Gebr. Waid, Ernst Simon, Firma A. Gadasch.

Da einige einsichtige Droschkenbesitzer bisher schon bis zu 35 Proz. der Einnahme als Führerlohn gaben, wurde denselben dieser Beschluß zur Kenntnis gebracht, um auch diese eventuell zur

Rückgängigmachung dieser Vergünstigung zu veranlassen. Nur der Burgfriede verhindert die Droschkenführer daran, den Herren die richtige Antwort zu erteilen.

Ausland.

Die Arbeitslosen in Frankreich.

Nach amtlichen Berichten stellt die „Bataille“ vom 18. Dezember fest, daß am Tage nach der Mobilmachung von je 100 industriellen und kaufmännischen Unternehmern noch 48 arbeiteten. Jetzt ist das Verhältnis auf 80 von 100 gestiegen. Im August 1914 gab es 40 Proz. Arbeitslose, jetzt nur noch 30 Proz. Auf Paris entfallen allein 80 Proz. aller Arbeitslosen. Nach Paris ist das Verhältnis am ungünstigsten in den Gegenden hinter der Front, besonders in Nancy und Dijon. (R. d. A.)

Aus der Partei.

Die „Haager Friedenskonferenz“.

Aus dem Bureau des Parteivorstandes wird uns geschrieben:

In der Presse werden allerlei Mitteilungen gemacht über eine im Haag abgehaltene sozialistische Friedenskonferenz. Richtig ist an diesen Mitteilungen nur, daß die Genossen Ebert und Scheidemann als Vertreter des Parteivorstandes am 22. Dezember im Haag mit den holländischen Mitgliedern des Exekutivkomitees des Internationalen Sozialistischen Bureaus eine informative Aussprache gehabt haben.

Pressejubiläum.

In diesen Tagen konnte unser Parteiblatt für Gotha, der jetzige „General-Anzeiger“, auf ein 25-jähriges Jubiläum zurückblicken.

Auch im Herzogtum Gotha waren nach dem Fall des Sozialistengesetzes in den verschiedenen Orten sozialdemokratische Ortsvereine, Volksvereine und sonstige Parteigruppen gebildet worden. Bei der eifrigen Verberätigkeit stellte sich bald heraus, daß die im Kreise verbreitete Erwartung „Tribüne“ den lokalen Verhältnissen nicht mehr genüge und es entstand der Plan, ein eigenes Parteiblatt für den Kreis zu schaffen. Anfang Dezember 1890 wurde der Plan näher beraten und beschlossen, ein dreimal wöchentlich erscheinendes Organ unter dem Titel „Volksblatt für das Herzogtum Gotha“ herauszugeben, das dann später, im Jahre 1904, in eine Tageszeitung umgewandelt wurde. Während der Zeit seines Bestehens ist die Zahl seiner Abonnenten von 3000 bis auf 10 000 im Jahre 1912/13 gestiegen. Auch Verfolgungen und Strafen, wenn auch nicht in so hohem Maße wie anderen Parteiblättern, sind dem Blatt nicht erspart geblieben.

Ueber seine parteipolitische Stellung schreibt unser Bruderblatt am Schlusse seines Jubiläumsartikels:

„So treten wir nun heute immer noch mit der alten Zuversicht in das neue Jahr. Mit den alten Grundsätzen. Wir haben nicht „umgelehrt“. Unsere prinzipielle Haltung ist die gleiche wie seit Anbeginn, getreu nach dem Grundsatz: Der Sozialismus ist der weltbewegende Gedanke der Gegenwart, denn er bedeutet Freiheit, Glück und Wohlstand für alle Menschen!“

Wägen die Getreuen weiter zu uns stehen, damit unsere Zeitung aus dem Strudel der Ereignisse lebenskräftig hervorsteht; damit unseren Vorkämpfern und Kämpfern nach den harten Kämpfen des Weltkrieges auch nach Friedensschluß ihre Waffe für die ökonomischen Interessenkämpfe erhalten bleibt!“

Wir wünschen ihm Glück zu seinem Bestehen.

Aus Industrie und Handel.

Die Einzahlungen auf die Kriegsanleihe.

In der letzten Woche war die dritte Einzahlung auf die letzte Kriegsanleihe, diesmal in Höhe von 25 Proz., fällig. Insgesamt waren bisher pflichtgemäß 75 Proz. zu zahlen, tatsächlich sind gezahlt bis zum 28. Dezember 91,4 Proz. gleich 11 111,9 Millionen Mark. Bis zum 15. Dezember hatten die Einzahlungen 10 717,8 Millionen Mark betragen; es sind mithin 394,9 Millionen Mark neu eingegangen, wovon 233,8 Millionen Mark mit Hilfe der Darlehnskassen gezahlt wurden. Insgesamt belaufen sich die von den Darlehnskassen für die Zwecke der dritten Kriegsanleihe hergegebenen Darlehen auf 781,2 Millionen Mark.

Zur Hebung der österreichischen Valuta.

Um die Verteidigung des Bedarfs nach ausländischen Zahlungsmitteln zu erleichtern, hat das österreichische Finanzministerium nach gepflogenen Einvernehmen mit den beteiligten Zentralstellen und im Einverständnis mit dem königlich ungarischen Finanzministerium einer Anregung der Handels- und Gewerbetreibenden Kränne entsprechend die Verfügung getroffen, daß die Exporteure in Zukunft aus Anlaß von Ausfuhrbewilligungen zur Abgabe ausländischer Valuta an die österreichisch-ungarische Bank zu verpflichten sind. Es ist beabsichtigt, diese Maßnahmen bis 1. Januar in Kraft zu setzen und somit weiterhin die Ausfuhrbewilligungen davon abhängig zu machen, daß die Abgabe der aus dem Export zu gewärtigenden fremden Valuta an die Oesterreichisch-ungarische Bank gesichert ist.

Wirtschaftliche Folgen des Krieges für Ägypten.

Dr. A. Eid, Direktor der „Caisse hypothécaire d'Égypte“ (bekannt durch ein Buch über ägyptisches Hypothekensystem usw.), ließ

in der Gesellschaft für Wirtschaftspolitik einen Vortrag verlesen, aus dem die „Egyptian Gazette“ vom 1. Dezember folgendes anführt:

Die Baumwollenernte brachte nur 16 1/2 Millionen Pfund gegen 33 Millionen im Durchschnitt der früheren Jahre, also einen Fehlbetrag von 55 Proz. bei einer der wichtigsten Lebensquellen des Landes. Nach den Angaben der Zollbehörden zeigte auch die Einfuhr einen Ausfall von 55 bis 60 Proz. im Jahre 1914; das erste Viertel 1915 war auch nicht viel besser. Es ist dies hauptsächlich auf den Rückgang der Kaufkraft des Landes zurückzuführen, weniger auf die Ausfuhrverbote und auf das Aufhören des Handels mit feindlichen Ausländern.

Der Ausgleich des Staatshaushalts sei nur durch Einschränkung der Ausgaben möglich gewesen. Diese sei sehr zu bedauern, da sie für die Entwicklung des Landes schädlich ist. Sie betrifft nämlich Bewässerungsarbeiten, Entwässerungsanlagen und Eisenbahnen. Die Ausgaben für Entwässerung wurden von 598 000 Pfund (1913/14) auf 178 000 Pfund (1914/15) herabgesetzt, die für Bewässerung und Bauten von 1 015 000 Pfund und 179 000 Pfund auf 812 000 und 43 000 Pfund. Was die Anleihe betreffe, so sei er mit dem Berater des Finanzministeriums darin einverstanden, daß keine Zeit umgünstiger gemien sei als die jetzige. Die Beschaffung von umlaufenden Zahlungsmitteln sei zufriedenstellend durch Umlauf von Noten der Nationalbank bewirkt worden.

Da von 12 Millionen Ägyptern 10 Millionen Ackerbauern seien, so sei der Ackerbau für das Land das wichtigste. Seine Lage sei aber bei weitem nicht glänzend. Dazu habe mitgewirkt: die Art der Steuerentziehung im Anfang des Krieges, die Einschränkung der Bebauungsfläche für Baumwolle, die Mähernte in Baumwolle und die Verschuldung der Bauern. Ein schwerer Krach für die Hypothekendarlehen sei unvermeidlich. Die Rückstände bei diesen Darlehen haben in einem Jahre um 50 Proz. zugenommen. Der Wert des Landes sei um 25 bis 30 Proz. zurückgegangen, ja wenn man ihn mit dem Werte von 1910/11 vergleicht, stellenweise sogar um 60 Proz.

Ein zweites Redner versuchte diese Ausführungen abzuschwächen. Ägypten habe für Baumwolle und Alee im Jahre 1915 81 Millionen gegen 46 Millionen Pfund im Jahre 1914 eingenommen, also hier einen Teil der Ausfälle decken können. Auch lasse die britische Armee von ihren monatlichen Ausgaben in Höhe von 1 250 000 Pfund doch etwa 500 000 bis 600 000 Pfund im Lande. Es sei zu hoffen, daß am Jahresende der Ausfall an Steuereinnahmen wieder ausgeglichen sei. (R. d. A.)

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 415 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde: 2. Garde-Reg. a. F. (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 64). Gren. bzw. Inf.- bzw. Pfl.-Regiment Nr. 1, 2 (f. auch Gren.-Reg. Nr. 1), 3, 6, 7, 8, 18, 20, 22, 23, 25, 26, 27, 30, 36, 39, 44, 52, 53, 55, 56, 59, 63, 64, 66 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 208), 67, 68, 69 (f. Gren.-Reg. Nr. 1), 70, 72, 78, 80, 82 (siehe auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 252), 83, 85, 87 (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 118), 88, 90, 92 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 114), 98, 99, 100, 109, 111, 114, 115, 118, 128, 131, 136, 142, 144, 145, 147 bis einschl. 151, 153, 154, 159 bis einschl. 162, 164 bis einschl. 171, 175, 176, 252, 253, 260, 261, 263, 265, 269, 270, 271, 273, 275, 280 (f. auch Zusammenf. Landst.-Inf.-Bat. Marienwerder-Rastenburg), 281. Ref.-Inf.-Regiment Nr. 1, 3, 5, 7, 18, 20, 22, 23, 24, 27, 29, 30, 35, 56, 59, 64, 65, 67, 68, 69, 72, 73, 77, 78, 79, 86, 91, 92, 93, 99, 110, 201, 203, 214, 219 bis einschl. 222, 225 bis einschl. 228, 230 bis einschl. 233, 237, 250, 251 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 252), 252 bis einschl. 260, 262, 264, 266. Ref.-Inf.-Regiment Nr. 3 und 4. Landw.-Inf.-Regiment Nr. 2, 3, 5, 7, 8, 19 (f. Inf.-Reg. Nr. 881), 21, 22, 23, 26, 28, 30, 52, 53, 60, 61, 74, 77, 118, 350, 379. Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 1. Landst.-Inf.-Regiment Nr. 8, 7, 8, 10, 20, 23 (f. auch 1. Landst.-Inf.-Bat. Saarlouis). Brig.-Erf.-Bataillon Nr. 31 (f. Inf.-Reg. Nr. 353), 49 (f. Inf.-Reg. Nr. 365). Komb. Erf.-Bataillon der Inf.-Regiment Nr. 11 und 51 (f. Inf.-Reg. Nr. 253). Landw.-Brig.-Erf.-Bat. Nr. 25 (f. Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 1). Landst.-Inf.-Bataillone: 1. Königsberg, Königsb., 1. Lauban, 2. Liegnitz, Molsheim, 3. und 5. Münster, 1. Raugard, 2. Reuß, 2. Oldenburg, Osnabrück, Rhinl., Saarlouis. Zusammenf. Landst.-Inf.-Bat. Marienwerder-Rastenburg. Landst.-Inf.-Erf.-Bataillone: 16. des 7. Armeekorps (Friedrichsfeld), 2. Königsberg, Ludau, 8. des 7. Armeekorps (Münster), Rortheim, 3. Queblinburg. Ref.-Jäger-Bat. Nr. 5. Radfahrer-Komp. Nr. 152 (f. Gren.-Reg. Nr. 1). Gebirgs-Maschinengew.-Abt. Nr. 218; Feld-Maschinengew.-Zug Nr. 243 (f. Landst.-Inf.-Reg. Nr. 3).

Kavallerie: Usaren Nr. 3 und 7; Wamen Nr. 2; Ref.-Wamen Nr. 2.

Feldartillerie: Regiment Nr. 72, 81, 112; Ref.-Regiment Nr. 65 und 67.

Fußartillerie: 1. Garde-Reg.; 2. Garde-Ref.-Reg. Regiment Nr. 1, 3, 4, 9, 13, 15, 17; Ref.-Regiment Nr. 5, 7, 8, 15. Fußart.-Bataillone Nr. 21 und 27; Landw.-Bat. Nr. 2; Landst.-Bat. des 15. Armeekorps. Fußart.-Batterien Nr. 83, 121, 317, 331, 456, 499; 2. Ref.-Batt. Nr. 24. Rösser-Batt. Nr. 210.

Verkehrstruppen: Militär-Eisenbahn-Dir. 1. Eisenbahn-Vertriebskompanien Nr. 4 und 23.

Kriegsbekleidungsamt des 3. Armeekorps.

Der Schluß der bayerischen Verlustliste Nr. 243, deren Inhalt in der Sonnabend-Nummer mitgeteilt wurde, wird veröffentlicht.

A. WERTHEIM

Ausländisches

Schweinefleisch Rindfleisch

Mittwoch
und
Donnerstag
soweit Vorrat:

Rückenfett Pfund 2.75
Bauch Pfund 2.40
Fleisch ohne Fett Pfund 2 M.
Kopf Pfund 90 PL
Dickbein mit Pfd. spitzbein 1.30

Kamm Pfund 1.15
Querrippe . Pfund 1.05
Schwanz ... Pfund 85 PL
Gehacktes Pfund 1.20
Pökeltzunge . Pfund 1.20

Preise von Lebensmitteln in Groß-Berlin.

Die allmonatliche Zusammenstellung des Berliner Statistischen Amtes über Lebensmittelpreise des Kleinhandels, gewonnen durch Umfrage bei der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung...

Table with 3 columns: Item name, 1914 price, 1915 price. Includes categories like Gemüse, Fleisch, Fettwaren, Käse, Mühlentabak, Konerven, and Veredeltes.

Die Liste der Waren, über die das Statistische Amt berichten konnte, ist wieder kürzer geworden; beispielsweise fehlen jetzt Angaben über sämtliche Hülsenfrüchte...

Aus Groß-Berlin.

Ueberflüssige und unangebrachte Sparrezepte.

Der Krieg legt weiten Kreisen der Daheimgebliebenen mehr oder minder erhebliche Einschränkungen auf. Jeder sucht sich, so gut es eben geht, mit den harten Tatsachen abzufinden...

Für das Mittagbrot muß sich die Festlegung nicht nach Wunsch Geschmack Auffassung oder Gewohnheit richten, sondern nach den Nahrungsmitteln, die jeweils am billigsten erhältlich sind...

zeit, oder sie gestattet einen nicht unbedeutend niedrigeren Einkauf als sonst.

Mit der Gewohnheit, zur Abendmahlzeit nur Brot, Butter oder Butterschmalz zu geben, muß geachtet werden. Die kalte Küche ist die kostspieligste...

Auf diesen Wegen lassen sich leicht Abwechslung und Ersparnisse selbst in den einfachsten Haushalt hineinbringen. Auch in der Küche der Arbeiterfrau muß mit den Gewohnheiten früherer Zeiten gebrochen werden...

Wer in den Haushalt einer Arbeiterfrau hineingesehen hat, der weiß, in welcher Weise dort eingeteilt wird, je nachdem das Portemonnaie es zuläßt. Und wer gar als Armenpfleger in den Haushalt der Armen hineinkommt, wird erzählen können...

Das Leben verläuft für die Daheimgebliebenen weit gleichmäßiger und ruhiger. Aber der Tag hat 24 Stunden und die Kriegszeit verlangt die Ausnützung dieser Zeit.

Für jeden ergeben sich wöchentlich Stunden, die dem Interesse der Familie gewidmet werden können. Es sind Stunden, in denen sich viel erreichen läßt. Holzabfälle von Holzplätzen und Sägemühlen können billig erworben werden...

Weniger erhebliche Beträge werden auf diesem Wege erspart, denn gerade das „von der Hand in den Mund leben“ beim Feuerungsmaterial verteuert die Lebenshaltung nicht unwesentlich.

Den kleineren Kindern muß gleiche Sparsamkeit eingeschärft werden. Es gibt keine Strafe in den Städten, in der nicht von Abkonditionen oder Durchfahrten her Kohlenstücke und Holzreste umherliegen.

Größere Kinder müssen, so weit Gesetz, Recht und die Gesundheit der Kinder es zulassen, mitberufenen helfen. In fast allen Geschäften ist Bedarf an Laufboten, an Boten für kleinere Gänge und Abtragungen...

Ratschläge, wie sie hier gegeben, sind praktisch kaum ausführbar. Wo in aller Welt liegen denn Holzreste und Kohlenstücke „herrenlos“ so umher, daß sie so ohne weiteres aufgefunden werden können?

Was endlich den Hinweis auf die Kinderarbeit betrifft, so hat der Krieg leider schon eine starke Außerachtlassung der Vorschriften des Kinderschutzgesetzes mit sich gebracht, als daß eine besondere Empfehlung der Kinderarbeit angebracht wäre.

Dumme werden gesucht!

Fast täglich kann man in der bürgerlichen Presse Inserate finden, in denen mit großen Worten fabelhafte Verdienste in Aussicht gestellt werden. Steht man sich die Sache näher an, so wird man in der Regel erleben, daß die Anpreisungen nur für den Gimpelfang berechnete waren...

20 bis 70 Mark täglicher Verdienst ohne Kapital, Arbeit, Vorkenntnisse. Verlangen Sie sofort Prospekt 25 gegen 20 Pfennig Briefmarken.

20 bis 70 (11) Mark sind bei diesem geheimnisvollen Geschäft täglich zu verdienen und der Anpreisung ist so unergiebig, jedem T-beliebigen Einkünder von 20 Pfennig in Briefmarken dieses Geheimnis zu enthüllen und zu dem fürstlichen Einkommen zu verbessern.

Wir raten jedem Arbeitssuchenden dringend, derartige Inserate nicht zu beachten und seine so bitter notwendigen Groschen für bessere Dinge anzuwenden. Er wird, wenn er sich durch so grobartige Verheißungen einfangen läßt, immer enttäuscht sein.

Es muß offen ausgesprochen werden, daß derlei zweifelhafte Geschäfte stets gerade Stellungsuchenden angeboten werden, die gewöhnlich in bitterster Not sich befinden und ihre letzten Pfennige zum Fenster hinauswerfen. Auf diesem Gebiete wird so viel gesündigt, daß nicht genug davor gewarnt werden kann.

Der städtische Fleischverkauf in den Markthallen betrug in der Weihnachtswoche 45 791 Pfund Gefrierschweinefleisch, 24 298 Pfund Hammelfleisch und 20 276 Pfund Konservenfleisch, insgesamt 90 365 Pfund.

Die städtische Margarine wird in Berlin an die mit Bezugsarten versehenen Personen in den Geschäften der

Firmen Groh, Hmann, Landau, Gebr. Manns, Steingötter, Dünker, Gustavus und Schleinig sowie der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung verkauft.

Meldung zur Rekrutierungstammrolle. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

Die im Jahre 1896 geborenen und die älteren jungen Männer, über deren Militärverhältnis noch keine endgültige Entscheidung getroffen ist, haben sich zur Aufnahme in die Rekrutierungstammrolle in der Zeit vom 2.—15. Januar 1916, zwischen vormittags 8 und nachmittags 7 Uhr (Sonntags nur vormittags), im Geschäftsraum ihres Polizeireviere persönlich zu melden...

Verhaftung eines Fabrikanten in Schöneberg. Der 34 Jahre alte Fabrikant Walter Strehlow, Schöneberg, Martin-Luther-Str. 54, der Inhaber der Fabrik mechanischer Apparate und Präzisionsdreherei früher Ferdinand Emede in der Ringbahnstr. 4 zu Tempelhof, wurde gestern von der Kriminalpolizei verhaftet.

Im Streit erschossen. Eine Bluttat ereignete sich in der Nacht vom ersten zum zweiten Weihnachtstag im Hause Breitestraße 10 in Spandau, wie erst jetzt mitgeteilt wird. Dort waren am Heiligabend zwei Militärlauber bei ihren Familien eingetroffen; der Rekrut M. von einem Garderegiment und der Landsturmmann L., der zur Bewachungstruppe des Gefangenenlagers Berger Damm gehörte.

Ein aufregender Vorgang spielte sich gestern nachmittag in dem Hause Brangestr. 19 ab. Hier bewohnte im dritten Stock des Querhauses eine Witwe Kolorowski mit ihren drei Töchtern von 22, 17 und 15 Jahren eine Stube und Küche. Die beiden älteren Mädchen sind als Verkäuferinnen tätig.

Gefunden. Am zweiten Feiertag, abends zwischen 8—9 Uhr, ist eine braune Pelzstola in der Kallmienenallee, in der Nähe der Oberberger Straße, gefunden worden.

Verloren wurde ein Portemonnaie (Geldtasche mit Inhalt) von der Invalidenstraße, in der Nähe des Neuen Tor, bis Philippstraße 5 von einem kranken, arbeitslosen Arbeiter. Es war nicht sein eigenes Geld.

Die Berliner Feuerwehr hatte in der letzten Nacht um 2 Uhr im Moabit zu tun, wo auf einem eisenbahnstatischen Ladeplatz in der Paulstraße 20b ein Holzschuppen in Flammen stand und kräftig gelöscht werden mußte.

Kleine Nachrichten. Aus dem Freibad am Müggelsee gelandet wurde die Leiche einer Frau, deren Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. Die Tote ist ungefähr 40—50 Jahre alt, unterlegt hat dunkelblondes Haar und trug eine schwarz-weiß-grau gestreifte Schürze, eine gestreifte Bluse, einen schwarzen gestreiften Rock, schwarze Strümpfe und Schuhschuhe und Perlenohrringe.

Aus den Gemeinden.

Charlottenburger Reisarten.

Der Verkauf von städtischem Reis wird in Charlottenburg wegen eingetretener Transporterleichterungen erst in den ersten Tagen des Monats Januar beginnen.

Speckverkauf in Neukölln.

In den städtischen Verkaufsstellen Steinwegstr. 47, Junstr. 26 und Kaiser-Friedrich-Str. 38 gelangt jetzt nur noch geläuteter, ungeräucherter ausländischer Speck; in der Verkaufsstelle Kirchhofstraße 20/23 (Freibank) dagegen geräucherter Speck zum Verkauf.

Der Preis für ungeräucherten Speck beträgt 2 M., für geräucherten fetten 2,20 M. und für geräucherten mageren Speck 2 M. pro Pfund.

Kartoffelverkauf in Lichtenberg.

Der städtische Kartoffelverkauf findet von jetzt ab wieder in der Schule Holteifstraße, Eingang Böcklinstraße, werktäglich von 9-2 Uhr statt.

Gaspreiserhöhung in Erkner.

Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung infolge unangünstigen Abchlusses des Rechnungsjahres 1914 eine Gaspreiserhöhung vorzunehmen. Dieselbe tritt bereits am 1. Januar 1915 in Kraft. Von diesem Tage verändern sich die Preise wie folgt: Leuchtgas von 17 auf 18 Pf. und Kochgas von 14 auf 16 Pf. Der Preis für Motorgas wird in Rücksicht auf die Konkurrenz der Elektrizität auf 14 Pf. belassen.

Soziales.

Aus Arbeit und Brot gebracht.

Durch das rechtswidrige Verhalten der Firma „Germania, Spiralfederwerke G. m. b. H.“ wurde eine Arbeiterin schwer geschädigt und Hagie deshalb bei der Kammer 5 des Gewerbegerichts auf Schadenersatz.

Klägerin hat bei der genannten Firma Spiralfedern für Granatgürtel hergestellt. Anfangs gab es einen Arbeitslohn von 3 M. für das Tausend. Nach und nach wurde der Lohn für die gleiche Arbeit bis auf 1,70 M. herabgesetzt. Die das in solchen Fällen fortgesetzter Lohnrückerei zu geschehen pflegt, so spannten auch hier die Arbeiterinnen ihre Kräfte aufs äußerste an, so daß die Klägerin auch bei dem Lohn von 1,70 M. einen Tagesverdienst von 5 M. erreichte. Als dann aber die Federn aus härterem Draht angefertigt wurden, was die Arbeit sehr erschwerte, konnte die Klägerin nur noch 1,70 M. täglich verdienen. Das war ihr zu wenig; sie hörte deshalb auf, um sich anderweit lohnendere Arbeit zu suchen. 17 Arbeiterinnen, deren Verdienst in der gleichen Weise gemindert war, hörten gleichzeitig mit der Klägerin auf. Die Firma weigerte sich, der Klägerin die verlangte Arbeitsbescheinigung zu geben. Infolgedessen bemühte sich die Klägerin fünf Tage vergebens um eine neue Arbeitsstelle. Dann wurde sie bei der Firma Sauerbier ohne Arbeitsbescheinigung eingestellt, aber schon nach vier Tagen entlassen. Die Ursache der Entlassung war eine Mitteilung der Firma Germania an die Firma Sauerbier. Welchen Inhalt diese Mitteilung gehabt hat, geht hervor aus den Gründen, welche die Firma Sauerbier für die Entlassung der Klägerin angab. Diese Firma teilte der Klägerin mit, sie sei durch Verfügung der Militärbehörde gezwungen, Personen, die auf Granatenteile gearbeitet und wegen Streik die Arbeit niedergelegt haben, nicht zu beschäftigen. — Jedenfalls denkt die Firma Sauerbier hierbei an das Kriegsscheitern. Dieses gilt aber nur für männliche Arbeiter, doch nicht für Arbeiterinnen. Die Firma Germania war also weder verpflichtet noch berechtigt, der Firma Sauerbier mitzuteilen, unter welchen Umständen die Klägerin aufgehört hatte. Ebenfalls war die Firma Sauerbier verpflichtet, die Klägerin zu entlassen.

Nach ihrer Entlassung von Sauerbier stand die Klägerin wieder auf der Straße und war nun vom 2. bis 21. Dezember arbeitslos. Für diese Zeit, sowie für die fünf Tage Arbeitslosigkeit vor der Beschäftigung bei Sauerbier fordert die Klägerin von der Firma Germania Schadenersatz und zwar 5 M. pro Tag. — Am 18. Dezember, unmittelbar nach Zustellung der Klage an die Firma Germania hat diese der Klägerin ein Abgangszeugnis zugesandt, worin vermerkt ist, daß die Klägerin wegen Streik die Arbeit niedergelegt hat. — Dieser Vermerk entspricht nicht den Tatsachen, denn von einem Streik kann gar keine Rede sein. Die Klägerin hat ohne Verabredung mit ihren Kolleginnen aufgehört, weil ihr der Lohn zu niedrig war. Dann haben auch die übrigen Arbeiterinnen aufgehört, weil sie sich sagten, bei dem neuen Material würden sie ebenfalls hinter ihrem alten Verdienst zurückbleiben wie die Klägerin. Mit einem so gekennzeichneten Zeugnis in der Hand konnte die Klägerin natürlich keine Arbeit finden. Schließlich erhielt sie dann auf wiederholtes Verlangen eine einfache Arbeitsbescheinigung und fand am 22. Dezember eine neue Arbeitsstelle.

Das Gewerbegericht erklärte sich als unzuständig für den Teil der Klage, welcher aus der Mitteilung der Beklagten an die Firma Sauerbier hergeleitet wird, weil es sich in diesem Punkt um eine Forderung handelt, die nicht aus dem Arbeitsverhältnis zwischen den Parteien, sondern erst nach Beendigung desselben entstanden ist. — Diesen Teil der Klage nahm die Klägerin zurück, um ihre Ansprüche beim Amtsgericht geltend zu machen. — Im übrigen wurde die Beklagte, die von einem angemessenen Vergleich nichts wissen wollte, verurteilt, der Klägerin 25 M. zu zahlen als Schadenersatz für die fünf Tage, wo dieselbe vor ihrem Eintritt bei Sauerbier arbeitslos war.

Aus aller Welt.

Ein Militärurlaubszug entgleist.

18 Personen tot, 47 verwundet.

Posen, 28. Dezember. (W. L. B.) Heute morgen 3 Uhr 40 Minuten entgleiste ein von Berlin kommender Militärurlaubszug bei Durchfahrt auf Bahnhof Deutschen. Von den Urlaubern und dem Begleitpersonal wurden 18 getötet und 47 verwundet. Der Sachschaden ist bedeutend.

Eisenbahnunglück in Italien. Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ ist auf Bahnhof San Lazzaro bei Bologna in der letzten Nacht ein von Ancona kommender Zug mit einem Güterzuge zusammengestoßen. Zwölf Personen wurden dabei getötet, zwanzig schwer und fünfzig leicht verletzt.

Brandunglück in Schweden. Bei einem größeren Schadenfeuer in Norrköping (Schweden) verunglückten zwei Frauen und drei Kinder tödlich. Ein deutscher Artillieoffizier machte sich im letzten Augenblick mit seiner Frau und seinen Kindern durch einen Sprung durch das Fenster retten. Hoffmann zerschmitt sich dabei die Pulsader und brach einen Fuß. Sein ganzes Besitztum verbrannte.

Hefige Stürme in der Nordsee. Während der Weihnachtsfeiertage, hauptsächlich am Heiligen Abend, rasten, so berichtet die „W. Z.“, furiose orkanartige Stürme über die Nordsee. In der nordwestlichen Küstenschiffahrt wurden große Verheerungen angerichtet. Christianland ist überfüllt von überreifen Schiffen und einer großen Zahl Schiffbrüchiger. Mehrere Menschenleben sind dem Sturm zum Opfer gefallen. Ein Dampfer brauchte in dem Sturm für die Riffe Frederikshafen—Christiansand 60 Stunden statt der gewöhnlichen 12 Stunden. An der Küste treibt viel Brautgut an. Mehrere Postdampfer haben drei Tage Verspätung. Eine Kälte, wie sie zuletzt herrschte, ist seit Menschengedenken nicht dagewesen. Einige heimkehrende Dampfer sahen wie phantastische Eisdungefeuer aus.

Sturmverheerungen in England. Nach einer Meldung des Reuterschen Bureau hat ein gewaltiger Sturm, wie er seit Jahren nicht vorgekommen ist, England heimgesucht und großen Schaden angerichtet. Die telegraphischen und telephonischen Verbindungen sind unterbrochen. Im ganzen Lande sind vielen Hunderten von Häusern die Dächer weggefegt

worden. Berichte von zahlreichen Schiffbrüchen sind eingelaufen. Die Küste ist mit Brauchholz überfüllt.

Doppelmord in einem Armenhause. In der Nacht zum Montag hat, wie aus Weener in Ostfriesland mitgeteilt wird, ein Injasse des Armenhauses zu Stapelmoor, namens Rojema, in einem Tobusankassa eine Mitbewohnerin des Hauses sowie einen kleinen Knaben durch Messerstiche ermordet und einige andere Personen leicht verletzt. Der Mörder wurde verhaftet.

Briefkasten der Redaktion.

Nummerung 18. 10. Der Antrag auf Ausstellung des Militärpapier-Duplikats muß an den Stellordirektoren der Ersatzkommission in Frankfurt/M. gerichtet werden. — G. v. 31. Sie haben Anspruch auf Gehalt für sechs Wochen. — Winkelmann 8. Landsturmpflichtig; Klafffuß. — G. N. 24. 1. und 2. Reim, da in diesem Fall die Militärpflicht nicht nach der Mutter, sondern Eigentum des Vaters ist. 2. Dem Vater kann darüber keine Vorchrift gemacht werden. Sind die Kinder großjährig, so haben sie keinen Anspruch, sind sie minderjährig, so ist der Vater doch zum Unterhalt der Kinder verpflichtet. 4. Der Anspruch ist sehr zweifelhaft, zumal wenn es sich um ein Verprechen handelt, das nicht schriftlich oder unter Zeugen gegeben ist. — C. G. 42. Der Birt verzweifelt mit Recht die Annahme der Kündigung. Da Sie nicht die im Vertrag vorgeschriebene Kündigungsfrist eingehalten haben. — C. W. 199. Der Bruder muß der Mutter den Unterhaltsgeldern schaden, den sie mit einem Antrag auf Unterhaltung dann bei der Steuerklasse einreichen muß. — M. P. 99. Sie haben solange Anspruch auf Rente, bis die Erben Ihnen gegenüber die Kündigung ausgesprochen haben. — R. W. 7. Da die Kündigung zum 31. Januar erfolgt ist, haben die Angehörten Anspruch auf Weihnachtsgratifikation. Wir würden empfehlen, diesen durch Klage beim Kaufmannsgericht geltend zu machen. — S.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittig. Mild, zeitweise aufklarend, aber vorwiegend trüb mit weitverbreiteten, im Norden noch viel stärker, im Süden geringeren Regenfällen.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. G. Berl. Reichstagswahlkreisl.
12. Abt. Bez. 728.
Am Montag, den 27. Dezember, verstarb unser Genosse, der Sattler

August Paeschke
Bismarckstr. 39.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 31. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Johannis-Kirchhofes in Pöppensee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Steglitz.
Am 26. Dezember starb im Alter von 29 Jahren unser Parteigenosse, der Schlosser

Wilhelm Rothkirch
Sebanstr. 8, 10. Bezirk.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Steglitzer Gemeinde-Friedhofes aus statt.
Die Sängertreffen sich auf dem Friedhof.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
200/4 Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“.
Mitgliedschaft Berlin-Lichterfelde
Am 26. Dezember 1914 starb unser treues Mitglied

Wilhelm Rothkirch.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 29. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in Steglitz, Bergstraße, aus statt.
10/16

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klavierarbeiter

Max Grosse
Pintschstr. 12
im Alter von 32 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am Sonntag, den 28. Dezember, in Reckitz statt.
91/20
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, Kollege

Bruno Hannack
nach langem, schwerem Leiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 30. Dezember, nachmittags 1/2 Uhr, auf dem Reutlinger Gemeinde-Friedhof, Mariendorfer Weg, statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
24/5 Die Ortsverwaltung.

Verband d. Buch- u. Steindruckereilarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am 24. d. Mts. verstarb infolge eines Eisenbahnunfalls unser Mitglied

Frida Schulz
im Alter von 22 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. Dezember, nachmittags 3 Uhr, auf dem Georgen-Friedhof in Behrense, Reckitzstr. 11.
27/19
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Formler

Franz Stange
Köllner Straße 4,
am 24. d. Mts. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 29. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Dankes-Kirchhofes in Reinickendorf aus statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Wilhelm Rothkirch
Steglitz, Sebanstr. 8,
am 26. d. Mts. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 29. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Steglitz, Bergstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
124/4 Die Ortsverwaltung.

Verein aller in Schriftgießereien beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen Berlins.
Am 26. Dezember entfiel (sanft nach kurzer Krankheit im vollendeten 80. Lebensjahre unser Mitglied, der Invalide

Isidor Hertzog.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am Freitag, den 31. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, Berlin, Gerichtstraße 37/38, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
44b Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler

Gustav Kecker
an seinem Herleiden am 24. Dezember gestorben ist. 12091
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Firma Hurst, Meyer u. Co. G. m. b. H.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, 29. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Partha-Kirchhofes, Adrenstraße, aus statt.
Abfahrt 2 1/2 Uhr vom Briesener Bahnhof (Bruchstraße).

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Vaters, des Drahtwalzers 8091

Gustav Dannhaus
sage ich allen Teilnehmern, insbesondere der Direktion, dem Gesangsverein „Liedertafel“, sowie seinen Kollegen, Freunden und Bekannten meinen tiefgefühltesten Dank.

Frau Dannhaus,
Berlin-Dortheimstraße, den 28. Dezember 1914.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 26. Dezember unser einziges Kind

Eise
nach kurzem schweren Leiden sanft entschlafen ist.
In tiefstem Schmerz
Ernst Christoph und Frau,
Trepelstr. 8, Beermannstr. 8.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 30. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Trepelower Gemeinde-Friedhofes, Riefelstraße, aus statt.

Gegründet 1864.

21



Pelz-

WACHEN OR GROS Einzelverkauf wie alljährlich zu billigsten Preisen.

S. Schlesinger
Neue Königstr. 21 (Königsplatz)
Klein Loden, II. Stock.
Sonntag geöffnet 12-8 Uhr.
Bitte genau a. Firma 21, 22 und Hausnummer 21, 22

21

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

- Berlin C. A. Gahmisch, Kärntnerstr. 174.
- G. Karl Welle, Petersburger Platz 4. R. Wengels, Markstraße 36.
- NO. 2. Jucht, Ammanuelfriedrichstr. 12.
- N. H. Wolgast, Kottbusstraße 2. F. Fischer, Bastianstraße 6.
- Karl Mars, Breitenburger Str. 22. J. Schönisch, Müllerstr. 31a.
- G. Vogel, Vorkingstr. 37.
- NW. Salomon Joseph, Wilhelmshavener Str. 48.
- SW. G. Schmidt, Bismarckstr. 42.
- S. G. Preis, Prinzenstr. 31. F. Lehmann, Kottbuscher Damm 8.
- SO. Paul Böhm, Lützner Platz 14/15. F. Horich, Engelauer 15.
- Adlershof. Karl Schwarzkopf, Bismarckstr. 28.
- Baumschulenweg. F. Hornig, Marienbader Str. 13. I. Borsigwalde. Paul Klein, Kottbusstr. 10.
- Charlottenburg. Gustav Schornberg, Seidenbender Str. 1.
- Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.
- Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
- Johannisthal. Max Gonschik, Parkstr. 23.
- Karlshorst. Hermann Hiltig, Dönhofsstr. 28.
- Köpenick. Emil Döhler, Kiepertstr. 6. Laden.
- Lichtenberg I. Otto Zeisel, Gartenbergstr. 1.
- Lichtenberg II. A. Rojentrans, Alt-Bogdanie 56.
- Neukölln. W. Heinrich, Redarstr. 2. C. Rohr, Stegfriedstraße 29/29.
- Nieder-Schöneweide. W. H. Unruh, Brückenstr. 10.
- Nowawes. Karl Krohnberg, Friedrichsgraben 27.
- Ober-Schöneweide. Alfred Wader, Wilhelmminnenhofstr. 17. Laden.
- Pankow. Otto Rihmann, Köpenicker Str. 30.
- Reinickendorf. F. Gurich, Provinzstr. 56. Laden.
- Schöneberg. Wilhelm Baumier, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
- Spandau. Schuhmacher, Breitenstr. 64.
- Steglitz. F. Bernice, Altemir. 6.
- Tempelhof. Joh. Krohn, Borsigstr. 62.
- Treptow. Robert Gramenz, Riefelstr. 412. Laden.
- Weißensee. Gustav Rothkopf, Berliner Allee 11.
- Wilmsdorf. Paul Zaubert, Bild-Linsaur 27.

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.

mit erforderlich. Die besten Stücke sind schnell vergriffen.

Nur für heute und die beiden folgenden Tage!

Plüschmännel
Sealplüsch, Seidenplüsch, Wollplüsch, Krimmer, zum Teil mit echten Pelzbesätzen, auch glatt, lang und halblang für heute, für morgen u. Freitag 33,-, 45,-, 58,-, 72,-, 98,-, 125,-, 150,- bei Neuanfertigung zum Teil 50-65 % teurer.

Pelzmännel
Seal electric, Sealblaus, Nerz, Breitschwanz, lang und halblang, glatt und Phantasieform für heute, für morgen u. Freitag 100,-, 135,-, 170,-, 200,-, 300,-, 500,-, 600,- bei Neuanfertigung zum Teil 40-55 % teurer.

Kostime
Samt, Kammgarn, Tuch, auch mit echten Pelzbesätzen, auch Kleider in Seide und Wollstoffen, Samt für heute, für morgen u. Freitag 15,-, 25,-, 35,-, 42,-, 61,-, 78,-, 95,- bei Neuanfertigung zum Teil 50-60 % teurer.

Ulster
beste, mollige Stoffe, kurz, halblang und lang, ausgezucht geschmackvolle Formen für heute, für morgen u. Freitag 12,-, 16,-, 18,-, 22,-, 28,-, 35,- bei Neuanfertigung zum Teil doppelt so teuer.

Gummimännel
Wollstoff, Kammgarn, Seide, Federlicht, beste Gummierung, ein heute seltener Artikel für heute, für morgen u. Freitag 15,-, 18,-, 25,-, 30,-, 35,-, 42,- bei Neuanfertigung mindestens doppelt so teuer.
Lodenpelzieren 10,-, Lodenkostüme 25,-, Lodenmäntel 15,-, Modellröcke 15,-.

Neujahrstag, Sonntag 12-8 geöffnet.
Westmann.
I. Wöhrenstr. 37 (Kolonnaden) II. Große Frankfurter Strasse 115 (alte Adressstr.)